Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses

SPD-Obfrau im Rechnungsprüfungsausschuss

Kasseedorf, 10. Februar 2025

Mein politischer Rückblick









Büro Eutin
Tel. 04521-71611
bettina.hagedorn.wk@bundestag.de

Büro Berlin
Tel. 030-227-73832
bettina.hagedorn@bundestag.de

www.bettinahagedorn.de
www.facebook.com/BettinaHagedornMdB/

INHALT

Mein politischer Rückblick in bewegter Zeit 3

Stabile Rente & gute Sozialpolitik 7

Die Welt ist „aus den Fugen“... 13

Moderne Einwanderungspolitik 19

Mein Einsatz für die Bundespolizei 27

Munitionsaltlasten in der Ostsee 28

Feste Fehmarnbeltquerung 30

Mein Ladies' Day 33

Meine Erfolge für die Kultur 36

Für lebenswerte Städte 38

Ihre Kandidatin für Ostholstein 39

Mein Rückblick in Bildern 41

Ergänzung vom 06.03.2025:

Historisch enttäuschendes Ergebnis für die SPD am 23. Februar 2025! 81

Nah bei den Menschen - ab 2. Januar 106 Termine in meinem Wahlkreis! 82

Historische Einigung von CDU/CSU und SPD: Milliarden für Infrastruktur in Bund,Ländern und Kommunen sowie für die Bundeswehr 85



10.11.2024: Mein kurzfristiges politisches Frühstück in Schönwalde nach dem Ampel-Aus

ALLE BILDER OHNE EXPLIZITE QUELLENANGABEN: BÜRO HAGEDORN

Fotos Titelseite: o.l. & o.r.: spd-newsdesk, u.l. & u.r.: Hakan Özoglan

WWW.BETTINAHAGEDORN.DE

WWW.FACEBOOK.COM/BETTINAHAGEDORNMDB/

MEIN POLITISCHER RÜCKBLICK IN BEWEGTER ZEIT

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Jahre 2023 und 2024 werden mir immer in Erinnerung bleiben als weitere Krisenjahre, wovon wir seit Beginn der Corona-Pandemie 2020 so viele hatten, die uns nicht nur in Deutschland, sondern auch global vor gewaltige Herausforderungen stellten und weiterhin stellen werden.

Die gravierenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen aus der Corona-Pandemie waren noch nicht einmal überwunden, als mit dem völkerrechtswidrigen Überfall Putins auf die Ukraine am 24. Februar 2022 plötzlich wieder Krieg im Herzen Europas herrschte und weltweit eine „Zeitenwende“ einläutete. Nur 81 Tage, nachdem Olaf Scholz mit einer Regierung aus SPD, Grünen und FDP ins Amt kam, veränderte dieser barbarische Überfall Russlands auf eine souveräne Ukraine nicht nur die Existenz und das Leben dieses Volkes, sondern führte mit bis dahin unvorstellbaren finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen für uns, für unsere europäischen Nachbarn und für die westlichen Verbündeten in der NATO zu allergrößten internationalen und nationalen Herausforderungen. **Dieser Krieg und seine Folgen war im Koalitionsvertrag der Ampel nur wenige Monate zuvor natürlich weder thematisiert oder finanziell „einkalkuliert“ worden, aber stellten dessen verabredete Prioritäten quasi über Nacht notgedrungen auf den Kopf.**

Bundesregierung an FDP-Blockade bei Schuldenbremse gescheitert!

Unsere Bundesregierung und wir Bundestagsabgeordneten mussten uns ad hoc Problemen stellen, deren Lösungen – auch finanziell – jede bislang bekannte Dimension überstiegen und die unter größtem zeitlichem Druck entschieden und umgesetzt werden



(Foto: Hakan Özoglan)

mussten. **Und die gewaltigen Herausforderungen durch den Krieg in der Ukraine und die russischen Bedrohungen für Europa und unsere Demokratien halten weiterhin an – auch eine neue Bundesregierung wird ab Ende Februar 2025 vor exakt denselben Herausforderungen stehen wie die bisherige!**

Paradox ist: Nach meiner festen Überzeugung (Anm.: als dienstältestes Mitglied im Haushaltsausschuss der Bundesrepublik nonstop seit 2002!) bin ich mir ganz sicher, dass ohne eine Reform der Schuldenbremse unsere Zukunft nicht verantwortlich und stabil für die Menschen wird gestaltet werden können! JEDE neue Regierung wird für dringend erforderliche Investitionen in unserem Land ins Schienennetz, in Brücken, in Schulen und Kitas, in den weiteren Erfolgsweg der Erneuerbaren Energien, in den Klima- und Katastrophenschutz, in den sozialen Wohnungsbau und die Finanzkraft der Kommunen, in die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und Arbeitsplätze sowie in die Stabilisierung unseres Gesundheits- und Pflege- sowie unseres Rentensystems die seit 2009 im Grundgesetz stehende „Schuldenbremse“ reformieren müssen.

Für die Bundeshaushalte 2024/2025 hätte allerdings anstatt einer Reform im Grundgesetz (für die die Zustimmung der CDU/CSU erforderlich gewesen wäre) auch die Erklärung der „Notlage“ zur Schuldenbremse gereicht, was auch OHNE die Opposition innerhalb der „Ampel“ möglich gewesen wäre.

Urteil des Bundesverfassungsgerichtes am 15. Nov. 2023 entscheidend

Erst seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 wussten Bund und Länder, wie eng der Rahmen für notwendige staatliche Investitionen verfassungsrechtlich künftig gesteckt ist – es war ein „politisches Erdbeben“. In Berlin mussten wir einen (neuen) Nachtragshaushalt 2023 binnen weniger Wochen beschließen, um z.B. die (längst ausgezahlten!) staatlichen Hilfen für Gas- und Strompreisbremsen für Privathaushalte und für die Wirtschaft nachträglich neu zu finanzieren, weil 60 Mrd. Euro mit dem Urteil aus einem Sonderfond praktisch „futsch“ waren. In dieser Krise haben mehrere Landesregierungen mit CDU-Ministerpräsidenten wie u.a. in Schleswig-Holstein, in NRW, Berlin und Sachsen-Anhalt für ihre Landeshaushalte die „Notlage“ von der Schuldenbremse erklärt und sind dabei z.B. in Kiel von der oppositionellen SPD-Landtagsfraktion unterstützt worden nach dem Motto: „In der Krise hält man zusammen – erst das Land und dann die Partei“. Aber nicht so in Berlin. Weder die CDU/CSU-Fraktion noch die FDP mit Finanzminister Lindner waren im Januar 2024 bereit, mit der erforderlichen Neuaufstellung für den Bundeshaushalt 2024 die (verfassungskonforme) „Notlage“ zur Schuldenbremse zu erklären. Damit war vorgezeichnet, dass das größte Problem der „Ampel“-Regierung angesichts der globalen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Bundeshaushalt auch für 2025 werden würde und der permanente Streit (ums Geld) spitzte sich zu.

Die Regierung aus SPD, Grünen und FDP war 2021 natürlich von vornherein ein Wagnis, weil sich insbesondere Grüne und FDP relativ unversöhnlich begegneten und das Schmieden von erforderlichen Kompromissen immer ein Kraftakt war, der leider ständig öffentlich aufgeführt wurde. Das hat dem Ansehen der Politik insgesamt extrem geschadet und vor allem den politischen Kräften am rechten und linken Rand leider genützt. Die verheerende Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas erforderte nach den hunderten von Milliarden, die die vorherige Regierung zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie aufwenden musste, in dieser nächsten Krise erneut dreistellige Milliardenbeträge, was uns in Berlin angesichts des in dieser Härte von allen politischen Kräften nicht erwarteten Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. November 2023 vor kaum lösbare Probleme stellte.

Damit war das Scheitern dieser Regierung praktisch schon ein Jahr vor dem Ende vorgezeichnet, weil sich Finanzminister Lindner und seine FDP weigerten, trotz dieser Rahmenbedingungen und weltweiten neuen Herausforderungen die verfassungskonforme „Notlage“ zur Schuldenbremse zu erklären. Es wäre definitiv verfassungskonform möglich (so sagen es die Verfassungsjuristen) und ökonomisch erforderlich (so sagt es die Mehrheit der führenden Ökonomen) gewesen, aber der Finanzminister wollte es nicht und hatte auch keine andere realistisch umsetzbare Lösung parat. Und deswegen platzte die Regierung unmittelbar, bevor wir im Haushaltsausschuss einen Bundeshaushalt für 2025 beschließen wollten.

Es ist besonders bitter, dass die Ampel-Regierung ausgerechnet am 6. November 2024 – am Tag der US-Wahl von Donald Trump – an der Blockade der FDP und von Finanzminister Christian Lindner gescheitert ist, die erforderliche (und verfassungskonforme!) „Notlage“ angesichts der Schuldenbremse zu erklären, denn anders hätten die milliardenschweren „Lücken“ im



16.11.2023: Mit der AG Haushalt der SPD-Fraktion bei der Bereinigungssitzung für den Bundeshaushalt 2024

Bundeshaushalt 2025 nicht als Voraussetzung für diesen Haushalt geschlossen werden können. Fest zwischen Haushaltsausschuss und Finanzminister Lindner verabredet war der Plan, dass der Haushaltsausschuss am 8. November (!) die erforderlichen Unterlagen aus dem Finanzministerium erhalten sollte mit Lindners Vorschlägen, wie die milliardenschweren „Lücken“ finanziert werden könnten, nachdem dessen Haushaltsentwurf bereits seit 2 Monaten (!) konstruktiv im Ausschuss beraten worden war – am 14. November 2024 hätte der Bundeshaushalt 2025 dann von uns beschlossen werden sollen. Währenddessen ahnten wir natürlich alle nicht, dass Lindners FDP bereits seit Ende September an Geheim-Szenarien „bastelte“, um die Bundesregierung noch VOR dem 8. November zu stürzen.



16.12.2024: Bundeskanzler Olaf Scholz in der Fraktionssitzung vor der Vertrauensfrage im Bundestag

Und die Folge? Stattdessen haben wir jetzt KEINEN Bundeshaushalt 2025 bis vermutlich Ende Herbst 2025, sondern eine „vorläufige Haushaltsführung“ mit allen Restriktionen, wir haben eine hektisch vorgezogene Bundestagswahl, die alle Beteiligten – auch in allen Rathäusern – gewaltig „unter Druck“ setzt und in wichtigen Bereichen politischen „Stillstand“ bedeutet, während in Europa wichtige politische Nachbarländer – wie Frankreich und Österreich – aktuell kaum regierbar sind, obwohl gerade jetzt angesichts von Trumps Amtsantritt am 20. Januar wir Europäer eigentlich handlungsstark und geschlossen zusammen stehen müssten. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass die FDP mit Finanzminister Lindner angesichts dieser weltweiten Krisensituation in unverantwortlicher Weise die Regierung, deren Teil sie selbst war, wochenlang insgeheim sabotieren (die Belege liegen ja vor!) und „platzen“ lassen würde, obwohl es eigentlich andere, verantwortungsvollere und verfassungskonforme Wege mit dem Ziel eines Bundeshaushaltes 2025 und einer regulären Bundestagswahl erst im September 2025 gegeben hätte.

Absurder Streit um das Datum der vorgezogenen Bundestagswahl

Als Olaf Scholz am 06. November mit dem Rauswurf von Christian Lindner als Finanzminister das Ende der Ampel-Regierung verkündete und für vorgezogene Neuwahlen – ausgelöst dadurch, dass er in der ersten Sitzungswoche des Bundestages die Vertrauensfrage stellen würde – den 16. März 2025 vorschlug, überschlugen sich die FDP, die CDU/CSU und die AfD mit der Forderung auch von CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz, diese Bundestagswahl schon am 19. Januar abzuhalten und behaupteten, dass die SPD einen so frühen Wahltermin absichtlich „aussitzen“ würde.

Ich war erstaunt, wie unkritisch die Medien diese Behauptung übernahmen, ohne nachzufragen, ob ein Januar-Termin verfassungskonform überhaupt möglich wäre. Antwort: Die verantwortlichen Landeswahlleiter und Rathäuser hätten das niemals schaffen können, denn die Listen aller Kandidierenden (in der SPD gelang das noch bis Dezember!) stehen erst im Januar fest (auch kleinere Parteien haben laut Verfassung das Recht, ihre Kandidierenden zu nominieren und brauchen dafür teils Unterstützer-Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern!). Erst, wenn diese Listen vollständig sind, können die Wahlzettel für 299 Wahlkreise in Deutschland gedruckt und an die Rathäuser bundesweit ausgeliefert werden (vermutlich Anfang Februar), bevor die Wählerinnen und Wähler ihre Briefwahlunterlagen erhalten können. Für die Briefwahl sind normalerweise sechs Wochen Zeit – dieser Zeitraum musste jetzt durch Beschluss des Bundestages am 16. Dezember auf zwei Wochen verkürzt werden, um überhaupt den 23. Februar 2025 als Wahltermin zu schaffen. Merke: Der vorgeschlagene Wahltermin von Olaf Scholz Mitte März wäre realistisch gewesen, wenn man die Briefwahlfristen NICHT verkürzt hätte. Dieses populistische mediale Geplänkel um den Wahltermin macht deutlich, wie unseriös der CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz oft argumentiert – nämlich faktenfrei!

CDU-Blockade von wichtigen Gesetzen und Investitionen bis Jahresende

„Erst das Land – dann die Partei!“ – Dieser Ausspruch von Willy Brandt ist leider für CDU/CSU und FDP seit dem Bruch der Regierung ein Fremdwort gewesen, denn wichtige Gesetze und politische Vorhaben, für die wir im voll handlungsfähigen Parlament durchaus noch politische Mehrheiten hätten haben können, wurden von ihnen unter fadenscheinigen Gründen wochenlang blockiert. Dass immerhin dringend notwendige Investitionen und Entlastungen für unsere Wirtschaft, für Beschäftigte und Familien und die Fortsetzung des „Deutschlandtickets“ für 2025 dann am 19. und 20. Dezember doch noch beschlossen werden konnten, ist vor allem dem Verhandlungsgeschick der SPD und den CDU-Ministerpräsidenten zu verdanken, die mit ihrem „Druck“ auf Friedrich Merz dafür sorgten, dass die Union ihre Dauerblockade aufgab, nachdem unser Kanzler am 16. Dezember im Bund freigemacht hatte.

So konnten wir noch kurz vor Heiligabend im Bundestag (mit Stimmen der FDP) ein **Entlastungspaket (Steuerfortentwicklungsgesetz) für die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere Familien** beschließen. **Durch die Anhebung von Freibeträgen sowie die Erhöhung des Kindergeldes um 5 Euro monatlich und des Kinderzuschlags entlasten wir Beschäftigte und ihre Familien ab dem 1. Januar 2025 spürbar**: „Ganz normale Menschen“ bezahlen weniger Steuern und Eltern habe etwas mehr Geld im Portemonnaie. Kurz vor Jahresende haben Friedrich Merz und seine CDU/CSU endlich ihre Blockade für die **Finanzierung des Deutschlandtickets für 2025 freigemacht, wodurch 13 Millionen zufriedene Nutzer jeden Monat bei Bus und Bahn kräftig Geld sparen** – dazu zählen viele Schüler und Azubis und Studenten, Berufspendler und auch Senioren, die sonst nicht so mobil sein könnten. Alle demokratischen Parteien haben außerdem gemeinsam den **Schutz des Bundesverfassungsgerichts vor Demokratiefeinden und die damit einhergehende Grundgesetzänderung beschlossen**. Im Haushaltsausschuss haben wir außerdem für die **Sanierung des Schienennetzes 2,7 Mrd. Euro bewilligt** und unsere **Bundeswehr mit 38 verschiedenen Rüstungsvorhaben von insgesamt 21 Mrd. Euro gestärkt**, damit die Aufträge schnell an die Unternehmen vergeben werden können und Planungssicherheit bieten, weil die Produktions- und Lieferzeiten teilweise jahrelang dauern. **Und das Bundeskabinett hat die verlängerte Auszahlung des Kurzarbeitergeldes beschlossen, um die Unternehmen in der Konjunkturflaute dabei zu unterstützen, ihre guten Fachkräfte zu halten und nicht in die Arbeitslosigkeit zu schicken**.

Leider rückte die Opposition bei weiteren Vorhaben nicht von ihrer parteitaktischen Blockadehaltung ab: Wir Sozialdemokraten hätten gerne noch die Deckelung der Netzentgelte beschlossen und die seit Januar massiv steigenden Beiträge für die Krankenkassen- und Pflegeversicherung vermindert – die Beitragssteigerungen sind ein „Erbe“ des damaligen Gesundheitsministers Jens Spahn, der die Rücklagen der Kassen 2021 komplett „geleert“ hat. Am schwersten wiegt, dass wir 2024 keinen Bundeshaushalt für 2025 beschließen konnten, wodurch sich die Entlastung der Beitragszahler in der Pflegeversicherung und wichtige Investitionen in unsere Zukunft mindestens verzögern. Die „vorläufige Haushaltsführung“ wird im Bund deswegen mindestens bis Oktober 2025 anhalten und uns in Berlin noch reichlich Probleme bereiten – wie aktuell angesichts des Parteienstreites um 3 Mrd. Euro für die Flugabwehr der Ukraine betrachtet werden kann. Klar ist: Deutschland ist seit dem 24. Februar 2022 der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine weltweit nach den USA – und diese Politik der Solidarität mit der Ukraine als wichtigster Beitrag zur Sicherheit für unsere Demokratie und Freiheit in Europa ist im Bundestag unter ALLEN demokratischen Parteien unumstritten. Und klar ist auch: Alle demokratischen Parteien im Bundestag wollen der Zivilbevölkerung in der Ukraine mit modernen Flugabwehrsystemen helfen, was – logischerweise – nur mit neuen Schulden in einem verfassungskonformen Rahmen geht. Aber genau DAS wollen Friedrich Merz und Christian Lindner partout nicht (erstaunlicherweise Robert Habeck plötzlich auch nicht, was eine komplett neue Haltung bei den Grünen ist!), weswegen diese so wichtige Maßnahme aktuell blockiert ist. Zum Glück heißt seit dem 7. November 2024 unser kompetenter und verantwortungsvoller SPD-Finanzminister Jörg Kukies, dem in der jetzigen Situation für unser Land eine enorm wichtige Rolle zukommt.

STABILE RENTE & GUTE SOZIALPOLITIK

FDP und CDU/CSU blockieren „Rentenpaket II“ im Bundestag

Leider wird unser **Gesetz zur „Rentenreform II“, mit dem bis 2040 das heutige Niveau von 48 Prozent der Rentenbezüge und ein maßvoller Anstieg der Rentenbeiträge für Beschäftigte und Arbeitgeber gesichert werden soll, von CDU/CSU und FDP im Bundestag blockiert, obwohl es dort seit Monaten fix und fertig zur Beschlussfassung liegt.** Das ist de facto eine „Rentenkürzung durch Nichtstun“ – wie Olaf Scholz es in den Medien mehrfach erklärt hat. Warum? Weil die in der GroKo gesetzlich festgeschriebene Rentenhöhe von 48 Prozent bis zum 1. Juli 2025 befristet ist und – wenn nichts geschieht – automatisch in der Zukunft auf bis zu 43 Prozent sinkt. **CDU/CSU und FDP haben in Parteitagsbeschlüssen erklärt, dass sie nicht nur das Rentenalter auf 70 Jahre erhöhen, sondern auch die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren zwei Jahre VOR dem regulären Renteneintritt wieder abschaffen wollen**. Diese Ankündigungen von CDU und FDP sind also vor allem negativ für die Menschen, die jetzt ca. 50 Jahre alt sind und dann – ohne die Rentenreform II – eine Verschlechterung ihrer künftigen Rente hinnehmen sollen. Wir Sozialdemokraten sind die EINZIGE Partei, die in diesem Wahlkampf FÜR eine Garantie des Rentenniveaus von 48 Prozent und die „Deckelung“ der künftigen Beiträge bis 2040 steht.

Erfolge zur Verbesserung der Rente schon erreicht!

Das deutsche Rentensystem ist entgegen aller „Unkenrufe“ stabil, wenn wir immer mehr Menschen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung haben, und genau DAS ist der Fall: Im Oktober 2024 waren über 46 Millionen Menschen in Deutschland beschäftigt und haben mit ihren Beiträgen unsere Kranken-, Pflege- sowie Rentenkassen gestärkt. Gesetzlich geregelt ist in Deutschland, dass die Renten zum 1. Juli jeden Jahres in dem gleichen Maße steigen, wie die Löhne im Vorjahr im Durchschnitt gestiegen sind – das waren in den letzten 10 bis 15 Jahren manchmal nur minimale Beträge. Weil unsere Bundesregierung in den letzten Jahren eine ständig steigende Rekordbeschäftigung von jetzt über 46 Millionen Menschen in sozialversicherungspflichtiger Arbeit bewirkt und den Mindestlohn für 6,6 Millionen Beschäftigte massiv erhöht hat, während Gewerkschaftler und Betriebsräte sehr erfolgreich faire Lohnsteigerungen durchsetzen konnten, wurden die Renten seit 2022 jeden Sommer um ca. 4,5 Prozent angehoben – das waren Rekordsteigerungen, die zeigen: am besten wird unser Rentensystem durch die gute Arbeitsmarktpolitik von Hubertus Heil gestärkt. Sowohl im Sommer 2016 wie auch im Sommer 2023 gab es besonders hohe Rentensteigerungen, weil im jeweiligen Jahr zuvor durch die Einführung des Mindestlohns 2015 und die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro 2022 indirekt dann auch die Rentnerinnen und Rentner profitieren konnten.

Leider ist es wahr, dass es gerade bei uns in Schleswig-Holstein viele Rentnerinnen und Rentner gibt, die aufgrund durchschnittlich niedrigerer Löhne im Arbeitsleben auch eine niedrige Rente beziehen. **Für diese Menschen**



(Foto: spd-newsdesk)

haben wir Sozialdemokraten mit Hubertus Heil (und gegen den Widerstand der CDU/CSU) noch kurz vor der Bundestagswahl 2021 die Grundrente durchgesetzt. Wer mindestens 33 Jahre gearbeitet und eingezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, bekommt einen spürbaren Aufschlag zur bisherigen Rente, wovon seitdem ca. 1,3 Mio. Rentnerinnen und Rentner – davon rund 70 Prozent Frauen – Monat für Monat profitieren.

Die **Erwerbsminderungsrenten** hatten wir schon in der Großen Koalition auf unsere Initiative schrittweise enorm verbessert – aber diese Anhebungen galten bisher immer nur für diejenigen, die neu eine Erwerbsminderungsrente beantragen (mussten). Jetzt haben wir **im April 2024 endlich beschlossen, dass auch die Menschen, die schon längst Erwerbsminderungsrente beziehen, einen pauschalen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent auf Dauer extra erhalten. Rund drei Millionen Renten steigen dadurch spürbar!**

Über die Hälfte aller Empfänger von Wohngeld in Deutschland sind Rentnerinnen und Rentner. Darum können auch besonders viele von ihnen von der **Wohngeld-Plus Reform** profitieren, die **seit dem 1. Januar 2023** gilt: anstatt der bis 2022 ca. 600.000 Wohngeld-Haushalten bundesweit haben wir mit dieser Reform **die Anspruchsberechtigten auf ca. 2 Millionen Haushalte fast verdreifacht** – und gleichzeitig die Zahlungen massiv erhöht. So helfen wir vielen Menschen in diesen schweren Zeiten, dass Wohnen nicht zum Luxus wird und bezahlbar bleibt. **Wir haben zusätzlich das Wohngeld um eine dauerhafte Klima- und Heizkostenkomponente ergänzt, um die steigenden Energiepreise abzufedern. Damit steigt das Wohngeld im Schnitt von 180 auf 370 Euro.**

Forderung nach 3.000 Euro Inflationsausgleich für Rentner nicht möglich

Infolge des russischen Angriffskriegs Russlands stieg die Inflation in ganz Europa und der Welt stärker als wir es bislang kannten – zur Info: 2 Prozent sind der von der Europäischen Zentralbank (EZB) als ideal angestrebte Inflationssatz zur Währungsstabilität in Europa. 2022 erreichte die Inflation bei uns einen Höchststand von durchschnittlich 6,9 Prozent und 2023 von 5,9 Prozent (Zahlen des Statistischen Bundesamtes) – maßgeblich getrieben durch unsere Abhängigkeit von russischem Gas und die kletternden Energiepreise. In anderen europäischen Nachbarländern wie z.B. im Baltikum erreichte die Inflation im Winter 2022/2023 sogar bis zu 20 Prozent und verteuerte das Leben für die „normalen" Menschen dort enorm. Viele Familien und Beschäftigte – gerade mit geringerem Einkommen – wurden auch bei uns hart von den Preisanstiegen vor allem im Lebensmittelbereich getroffen. Ab Sommer 2022 haben wir im Bundestag mit drei Entlastungspaketen in Höhe von insgesamt fast 100 Mrd. Euro viele Beschäftigte und Familien gezielt mit Einmalzahlungen entlastet – Ende 2022 auch Rentnerinnen und Rentner sowie Studierende und Azubis – und so die Folgen abgemildert. 2024 sank die Inflation dann auf durchschnittlich 2,2 Prozent und ist damit wieder quasi „auf normal", während leider viele Preise – vor allem bei den Lebensmitteln – nicht zurückgegangen sind, was wir beim Einkauf alle deutlich merken.

2023 haben wir im Bundestag beschlossen, dass Arbeitgeber, die ihren Beschäftigten als „Inflationsausgleich" eine Einmalzahlung von bis zu 3.000 Euro gewähren, dafür – ebenso wie ihre Beschäftigten – weder Steuern noch Sozialabgaben leisten müssen. Daraufhin haben viele Gewerkschaften und Betriebsräte in ihren Tarifabschlüssen solche Vereinbarungen getroffen und für ihre Mitglieder in vielen Branchen deutliche Gehaltserhöhungen



31.05.2024: 2. Rentendemo in Stockelsdorf

erreichen können. In Ostholstein habe ich allerdings kaum Mitarbeitende kennengelernt, die solche Sonderzahlungen erhalten haben, weil bei uns der gewerkschaftliche Organisationsgrad nicht sehr groß ist. Aber auch im öffentlichen Dienst haben die Gewerkschaften solche Vergütungen tariflich erkämpft.



18.09.2024: Podiumsdiskussion des Stockelsdorfer Seniorenbeirats

Dieser Inflationsausgleich kam im öffentlichen Dienst automatisch auch den pensionierten Beamtinnen und Beamten zugute, weil in Artikel 33 Abs. 5 Grundgesetz das „Alimentationsprinzip“ verankert ist, welches gleichermaßen die Besoldung während der aktiven Zeit wie die Versorgung im Ruhestand gesetzlich festlegt. Die Pensionen müssen sich analog der Besoldung entwickeln.

Im Sommer 2023 hat zuerst das „Altenparlament“ im Kieler Landtag daraus die Forderung abgeleitet, deshalb allen 21 Millionen Rentnerinnen und Rentnern ebenfalls einen solchen „Inflationsausgleich“ von bis zu 3.000 Euro auszuzahlen. Mehrere Seniorenbeiräte wie z.B. von Fehmarn und aus Stockelsdorf hatten sich bereits im Oktober 2023 mit der gleichen Forderung an mich gewandt und ich hatte ihnen ausführlich geantwortet und verdeutlicht, dass diese Forderung den Staat ca. 60 Mrd. Euro kosten würde, was angesichts der aktuellen Haushaltsprobleme völlig utopisch war. Zu keinem Zeitpunkt gab es deshalb schon 2023 auch nur den Hauch einer Hoffnung, dass ein solcher Inflationsausgleich von 3.000 Euro für alle Rentnerinnen und Rentner politisch umgesetzt werden könnte.

Renten-Demo in Stockelsdorf am 31. Mai 2024

Im April 2024 schaffte es der Seniorenbeiratsvorsitzende Jürgen Fischer in Schleswig-Holstein und Hamburg ein breites Bündnis aus IG Metall, Verdi-Seniorinnen, SoVD, VdK, AWO sowie den kommunalen Seniorenbeiräten zu bilden, welches im Rahmen einer gemeinsamen Petition dennoch mit bundesweitem Echo einen Inflationsausgleich in Höhe von 3.000 Euro für alle 21 Mio. Rentnerinnen und Rentner forderte. Bei einer Demo am 31. Mai (bei der ersten Demo im April konnte ich nicht vor Ort sein) habe ich – wie schon 2 x schriftlich – Stellung bezogen und dabei meine realistische Einschätzung zur Forderung öffentlich klargemacht. Gemeinsam mit meiner SPD-Landtagskollegin Sandra Redmann habe ich aber auf der Demo „Flagge gezeigt“, während Abgeordnete von allen anderen demokratischen Parteien „durch Abwesenheit glänzten“. DAS fand ich respektlos, denn grundsätzlich kann ich die Forderung der Rentnerinnen und Rentner im Verhältnis zu den Pensionären zwar einerseits nachvollziehen, aber mir war erneut wichtig, keine Hoffnung auf die Erfüllung dieser Forderung zu schüren, weil das dann letztlich nur zu Frust gegenüber unserem Staat führt. Ich habe dort auch Stellung bezogen zu häufig verbreiteten Falschinformationen wie z. B., dass angeblich auch Bundestagsabgeordnete diese „Inflationsprämie“ erhalten würden, was schlichtweg gelogen ist, denn Bundestagsabgeordnete sind ja keine Bundesbeamte!

Auf meine Initiative hat der Seniorenbeirat mich (und die Bundestagskandidaten der CDU und der FDP) dann **am 18. September ab 16 Uhr gemeinsam mit Reiner Heyse (Gewerkschaftler und vom Verein „RentenZukunft“) zur zweistündigen Podiumsdiskussion eingeladen, zu der ca. 100 Gäste kamen** – danke an Jürgen Fischer und den Seniorenbeirat für diese tolle Veranstaltung! Es ging um die Themen Altersarmut, Rente der Zukunft, bezahlbares Wohnen und Inflationsausgleich, und es war eine spannende Diskussion.

CDU/CSU und FDP wollen „Rotstift“ bei Renten und Sozialausgaben

Fakt ist hingegen, dass FDP und CDU/CSU „im Chor“ fordern, angesichts der Haushaltsprobleme den Rotstift ausgerechnet bei den Renten und den Sozialausgaben anzusetzen. Betroffen wären davon auch Leistungen für Gesundheit und Pflege, nachdem der damalige CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn noch in der Corona-Pandemie deren Kassen „geplündert“ hatte. Aber betroffen wäre natürlich ebenso **die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter, wo CDU/CSU und FDP fordern, unter dem Stichwort „Bürgergeld“ Milliarden (!) zu kürzen, was absurd ist und verfassungskonform gar nicht geht. Besonders verlogen: im Bundestag und im Bundesrat haben FDP und CDU/CSU der Bürgergeld-Reform Ende 2022 ZUGESTIMMT!**

Seit 1. Januar 2023 ist das Bürgergeld als Gesetz in Kraft und damit das alte „Hartz-IV-System“ beendet. Das Bürgergeld bedeutet den versprochenen Wandel hin zu mehr Respekt, der eine bessere (Re-)Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt ermöglichen soll. Neben der Erhöhung der Regelsätze um 53 Euro pro Monat wurden eine ganze Reihe von wichtigen Neuerungen verankert, um einerseits ein stabiles Sicherheitsnetz für die Langzeitarbeitslosen zu spannen und andererseits den Betroffenen mehr Qualifizierungschancen für die Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die allermeisten arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen haben weder einen Schul- noch einen Berufsabschluss, weswegen auch die Wirtschaft ein hohes Interesse daran hat, dass solche Qualifizierungen über die Jobcenter organisiert und finanziert werden, um ihrem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Mehrzahl der Bürgergeldempfänger sind übrigens Kinder und Jugendliche, Frauen, die keine Betreuung für ihre Kinder haben, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Teilzeitbeschäftigte, die von ihrem Lohn allein nicht leben können.

Es ist eine absurde „Märchenerzählung“ von Konservativen und Liberalen, dass mit solchen Kürzungen im Sozialbereich genug „einzusparen“ wäre, wenn man einerseits die gesetzlichen Ansprüche der Familien, der „normalen“ Beschäftigten und Rentnerinnen und Rentner respektiert **und andererseits damit im Gegenzug, die in ihren Wahlprogrammen versprochenen, milliardenschweren Steuergeschenke für Superreiche und Großverdiener finanzieren will. Die SPD wird diesen Forderungen der FDP und der CDU/CSU NICHT nachgeben** und – im Gegenteil - darauf bestehen (wie im Bundeskabinett bereits vor mehreren Monaten beschlossen), das 2. Rentenpaket von Sozialminister Hubertus Heil zur Rentensicherung im Bundestag endlich zu beschließen.

Versprochen – gehalten: ab 1. Oktober 2022 Mindestlohn von 12 Euro!

Ein zentrales Versprechen der SPD zur Bundestagswahl 2021 war die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro – und schon zum 1. Oktober 2022 konnten wir unser Versprechen halten, wovon sofort ca. 6,6 Millionen Beschäftigte in Deutschland profitieren konnten. 2015, als wir



28.04.2022: Mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil feiern wir den Mindestlohn von 12 Euro (Foto: Andreas Amann)

das erste Mal in Deutschland einen Mindestlohn von damals 8,50 Euro gesetzlich festlegten, profitierten davon in Ostholstein und Schleswig-Holstein besonders viele Beschäftigte. Warum? Wir im Norden sind das westliche Flächenland mit dem niedrigsten Lohnniveau bundesweit, weil bei uns die traditionell niedrigen Löhne im Tourismus, im Dienstleistungs- und Gastgewerbe, in der Gastronomie sowie in den Serviceunternehmen der vielen Kliniken und Kur-Einrichtungen eine riesige Rolle spielen. **Bis 2015 hatten in Ostholstein über 22.000 Beschäftigte für unter 6,50 Euro (!) pro Stunde gearbeitet, davon ca. 8.500 Beschäftigte in Vollzeit! Ab Oktober 2022 erhielten fast 16.000 Beschäftigte in Ostholstein mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro vermutlich die größte Lohnerhöhung ihres Lebens. Davon haben ganz besonders viele Frauen profitiert**, weil gerade sie in den Branchen arbeiten, wo nur Mindestlohn gezahlt wird. Diese Frauen haben seit Oktober 2022 nicht nur spürbar mehr Geld auf ihrem Konto, sondern sie tun gleichzeitig auch etwas für eine bessere Rente im Alter. **Es ist mir komplett unverständlich, dass die CDU der Erhöhung des Mindestlohns nicht zugestimmt hat**. In Brüssel wurde inzwischen die **Mindestlohnrichtlinie der EU** beschlossen, die künftig auch in Deutschland in nationales Recht umgesetzt werden muss – danach müsste der Mindestlohn in Deutschland (60 Prozent des Medianlohns im jeweiligen EU-Land) schrittweise sogar auf 15 Euro ansteigen. **Wir Sozialdemokraten versprechen darum für die Wahl am 23. Februar den Beschäftigten einen Mindestlohn von 15 Euro ab 2026! Fakt ist: Hohe Löhne und eine hohe Beschäftigung sichern am Ende maßgeblich die Stabilität der Rente!**

Unsere sozialdemokratische Handschrift in der Krise seit 2022/2023

Corona-Pandemie kaum überstanden – da kam der Überfall Putins auf die Ukraine mit nie da gewesenen sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen, finanziellen und internationalen Herausforderungen für unsere Regierung. Bereits 2022 haben wir als Sozialdemokraten angesichts dieser Krisen und Belastungen für die Menschen und die Betriebe in unserem Land alles getan, um Entlastungen zu gewähren und Sicherheit zu organisieren. Während noch viele angesichts von fast leeren Gasspeichern und der Abkopplung von russischen Energielieferungen fürchteten, dass die Menschen im Winter 2022/2023 frierend zu Hause



09.09.2022: Rede zur Schlussrunde des Haushaltsgesetzes 2023 (Foto: Deutscher Bundestag)

sitzen würden, haben wir nicht nur „im Akkord“ eine trotzdem gesicherte Energieversorgung aufgebaut, sondern mit Milliardenhilfen für die „Gas- und Strompreisbremsen“ auch als Staat sichergestellt, dass die Heizungs- und Stromrechnungen 2023 für alle Haushalte und für die Wirtschaft bezahlbar geblieben sind. Um die damalige Inflation von zeitweise fast 10 Prozent für alle Menschen „abzufedern“, die unserer Hilfe bedürfen, haben wir schon seit Sommer 2022 z.B. alle Wohngeldempfänger*innen pauschal mit 270 Euro pro Person (bei zwei Personen 350 Euro) unterstützt und alle Menschen, die auf Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung angewiesen sind, erhielten automatisch eine Einmalzahlung von 200 Euro und alle Familien (pro Kind) zwei Mal 100 Euro zusätzlich mit dem Kindergeld ausgezahlt sowie zusätzlich 20 Euro pro Monat für den Kinderzuschlag. Im September 2022 erhielten alle Beschäftigten über ihre Arbeitgeber die 300-Euro-Energiepauschale, die wir mit dem 3. Entlastungspaket im Dezember 2022 auch als Einmalzuschuss an alle Rentnerinnen und Rentner, an Studierende und Auszubildende ausgezahlt haben. Natürlich waren für viele Familien die galoppierenden Preise beim Einkaufen trotzdem noch schwer zu „wuppen“, aber in unseren europäischen Nachbarländern, die ebenso von der Krise betroffen waren, gab es vergleichbare Unterstützung für die Menschen nicht und deren Not war darum ungleich größer.



19.12.2024: Diese Bilanz kann sich sehen lassen! (Foto: spd-newsdesk/Alexander Probst)

Zum Vergleich: als wir in Deutschland vor einem Jahr unter 10 Prozent Inflationsquote stöhnten, lag die Inflationsquote bei unseren Nachbarn in Litauen, Lettland und Estland bei 20 Prozent und in dem Ukraine-Anrainerland Moldau bei 37 Prozent – und trotzdem haben diese vier Staaten solidarisch im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung deutlich mehr Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen als Deutschland.

Parallel haben wir dann außer diesen „Einmalzahlungen“ zusätzliche Reformen zu Gunsten vieler Menschen beschlossen, die wir versprochen hatten: über 6 Millionen Beschäftigte profitieren seit dem 1. Oktober 2022 von dem neuen Mindestlohn als Lohnuntergrenze von bundesweit 12 Euro – und damit fast zwei Euro pro Stunde mehr als zuvor. Seit dem 1. Januar 2023 gilt außerdem mit 250 Euro/mtl. pro Kind die größte Kindergeld-Erhöhung aller Zeiten, was vielen Familie hilft. Und ab 1. Januar 2023 ist gleichzeitig die Wohngeld-Plus-Reform in Kraft getreten, die die Anzahl der Haushalte, die Wohngeld beanspruchen können, auf ca. 2 Millionen Haushalte (von bisher 600.000 Haushalten) verdreifacht und gleichzeitig die monatlichen Zahlungen von bisher durchschnittlich 180 Euro auf jetzt durchschnittlich 370 Euro verdoppelt hat. So haben wir vielen Menschen in diesen schweren Zeiten geholfen, dass Wohnen nicht zum Luxus wird und bezahlbar bleibt. Das gilt übrigens auch für die Bildungschancen vieler Jugendlicher: mit der Bafög-Reform erhalten Studierende aus Familien mit geringem Einkommen seit dem Wintersemester 2022/2023 einen Höchstsatz von bis zu 934 Euro anstatt bisher 861 Euro. Natürlich ist der Alltag für die allermeisten Menschen bei den Preisexplosionen 2023 trotzdem hart, aber Fakt ist: es waren immer wir Sozialdemokraten, die uns am Verhandlungstisch meist erfolgreich für diejenigen eingesetzt haben, die sich anstrengen und es trotzdem sehr schwer haben.

Und übrigens: die CDU/CSU hat im Bundestag die Finanzierung all dieser Entlastungen für die Menschen abgelehnt. Und dieselbe CDU/CSU, die aktuell über das angeblich fehlende „Abstandsgebot“ von Bürgergeldempfängern gegenüber den arbeitenden Menschen schwadroniert, hat im Bundestag einer Erhöhung des Bürgergeldes Ende 2022 selbst zugestimmt und andererseits aber eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro zuvor abgelehnt (!). Und in der Mindestlohnkommission hat die Union in enger Abstimmung mit ihren Arbeitgebervertretern 2024 eine viel zu geringe Erhöhung des Mindestlohns auf nur 12,41 Euro mit ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit gegenüber den Arbeitnehmervertreter*innen und Gewerkschaften durchgesetzt, obwohl traditionell in diesem Gremium ein Kompromiss einstimmig erzielt wird. DAS alles ist an Scheinheiligkeit kaum mehr zu überbieten.

DIE WELT IST „AUS DEN FUGEN“...

Mit dem völkerrechtswidrigen Überfall Putins auf die Ukraine am 24. Februar 2022 herrscht plötzlich wieder Krieg im Herzen Europas und weltweit wurde eine „Zeitenwende“ eingeläutet: für uns, für unsere europäischen Nachbarn und für die westlichen Verbündeten in der NATO. Deutschland ist seit dem 24. Februar 2022 der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine unter allen Nationen weltweit nach den USA – und diese Politik der Solidarität mit der Ukraine und Europa ist in Berlin im Bundestag unter den demokratischen Parteien unumstritten. Es ist ein deutliches Zeichen für die Bedrohungslage durch Russland im Ostseeraum, dass Finnland und Schweden nach Jahrzehnten traditioneller Bündnisfreiheit jetzt im 75. Jahr des Bestehens der Nato – auch auf Druck der eigenen Bevölkerung – Nato-Mitglieder geworden sind.

Seit 2021 bin ich stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe und bin mit den Abgeordneten unserer drei baltischen Nachbarn seitdem im ständigen Austausch. Am 24. Februar 2023 war ich zur Feier des 103. „Unabhängigkeitstages von Russland“ in Tallinn in Estland und erfuhr in jedem Gespräch die geballte Angst der Menschen dort vor einer akuten Bedrohung Russlands; im Mai 2023 in Riga in Lettland war es genauso und im November 2023 in Vilnius in Litauen auch. Nach meinen zahllosen Gesprächen mit den Regierungen und Abgeordneten bei Besuchen in Vilnius und Riga im Mai 2024 muss ich zugeben: Unsere baltischen Nachbarn, die seit 20 Jahren sowohl EU- wie auch Nato-Mitglieder sind, haben uns und den Westen seit über 10 Jahren – insbesondere seit Putins Überfall auf die Krim 2014 – vor dem russischen Imperialismus und seiner Aggression gewarnt, ohne dass wir alle diese Warnung hören wollten oder ernst genommen hätten – dafür zahlen wir jetzt einen hohen Preis. Die Ängste der Menschen in den drei baltischen Staaten vor einem Überfall Putins sind enorm und leider – nicht nur angesichts der Stationierung russischer Raketen in Kaliningrad – durchaus real. Es ist darum richtig und in unserem eigenen (!) und im europäischen Interesse, dass wir weiterhin - nach den USA - der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine weltweit bleiben und jetzt auch bereit sind, in Litauen mit einer eigenen Brigade auf Dauer die Ostflanke Europas aktiv zu schützen. Am 2. Oktober 2024 flogen über 25 Mitglieder der demokratischen Parteien im Haushaltsausschuss unter meiner Leitung mit Thomas Hitschler als Staatssekretär von Boris Pistorius einen Tag nach Litauen, um uns über den Fortschritt beim Aufbau und den Plänen für die Infrastruktur für unsere Brigade zu informieren und allen beteiligten Soldaten unseren Respekt zu zollen, die diesen Auftrag erledigen. 5.000 deutsche Soldaten werden in zwei Jahren auf Dauer in Litauen stationiert sein und viele werden ihre Familien mitbringen – sie werden in Litauen extrem herzlich empfangen werden.



26.10.22: Gespräch im Rathaus von Lviv/Ukraine mit Bürgermeister Andrij Sadowyj

Es war von Beginn an eine gewaltige Herausforderung für die deutsche Politik, sich auf diese neue Bedrohungslage in kürzester Zeit einzustellen, denn solche Szenarien hätte sich noch 2021 im Bundestagswahlkampf niemand auch nur ansatzweise vorstellen können. Anfang 2024 wurde uns in Europa dann drastisch vor Augen

geführt, dass eine monatelange Blockade der Republikaner in Washington eines 60-Milliarden-Dollar Unterstützungspaketes der USA für die Ukraine im herannahenden US-Wahlkampf von niemandem in Europa auch nur ansatzweise hätte ersetzt werden können. Schmerzhaft klar wurde: Das größte Damoklesschwert, das über Frieden und Stabilität in Europa schwebt, ist die Präsidentschaftswahl im November in den USA. Der partnerschaftliche Kurs, der maßgeblich von Olaf Scholz und Präsident Macron für Europa mit den USA und Präsident Joe Biden gepflegt worden war, die enge Abstimmung und Solidarität der USA mit Europa, die traditionell wichtigen transatlantischen Beziehungen – sie sind jetzt mit Präsident Donald Trump in Gefahr und müssen ganz neu und ganz anders entwickelt werden. Das relative „Gleichgewicht" in der Welt auch mit Blick



07.10.24: Reise des Haushaltsausschusses zur Brigade Litauen mit PStS Thomas Hitschler (Foto: BMVg)

auf Europa und Russland, auf den Nahen Osten und auf China mit Taiwan ist „aus dem Lot" und unsere entschlossene Reaktion als Europäer mit dem ernsthaften Willen einer stärkeren europäischen Souveränität und Verteidigungsfähigkeit ist gefordert. Bitter ist: auf diese Situation war Deutschland bis 2021 absolut NICHT vorbereitet.

Wer kann sich noch erinnern? 2022/2023 gab es einen enormen medialen „Hype" um (angeblich) fehlende Waffenlieferungen aus Deutschland und in gefühlt jeder Talkshow im deutschen Fernsehen ging es bei allen – selbsternannten – „Experten" wie der FDP-Frau Strack-Zimmermann und dem Grünen Anton Hofreiter sowie diversen Dauergästen aus der CDU/CSU eigentlich NUR noch um militärische Spezialausrüstung und dass alles, was die deutsche Bundesregierung liefert, beschließt und organisiert, angeblich grundsätzlich nicht schnell und wirkmächtig genug sei. Mich hat diese Diskussion in Dauerschleife total genervt, weil diese Dauernörgelei vollkommen unangebracht war: die Bundesregierung war von Anfang an der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine nach der USA weltweit. Wir hätten stolz darauf sein können und müssen, anstatt immer nur von vermeintlichen „Experten" zu hören, was noch alles fehlt. Denn wir liefern nicht nur militärische Unterstützung, sondern bilden auch zehntausende Soldaten aus der Ukraine bei uns aus, wir liefern Hilfe für zerstörte zivile Infrastruktur von Straßen, Schienen und Energieversorgung, wir bauen Krankenhäuser und Schulen wieder auf, wir unterstützen das Leben der Menschen medizinisch, damit sie bleiben können, und helfen den Bürgermeistern in den betroffenen Kommunen. Kein anderes westeuropäisches Land – weder Frankreich noch Italien oder Großbritannien – hat auch nur ansatzweise so viel an Unterstützung geliefert wie wir. Aber Fakt ist auch: Olaf Scholz führt sich nicht als „Anführer" in Europa auf, sondern schmiedet in diskreten Gesprächen mit allen Regierungschefs – auch mit Joe Biden in den USA – Gespräche „auf Augenhöhe", um gemeinsam getragene Vereinbarungen – auch zu Waffenlieferungen und ihren Bedingungen - hinzubekommen, an die sich dann alle solidarisch halten. Sein besonnener Führungsstil ist für die Rolle Deutschlands genau richtig und wird bei unseren Nato-Verbündeten, bei unseren europäischen Nachbarn und letztlich auch in der Ukraine absolut geschätzt. Ich bin sehr froh, dass



03.11.23: Bei der enhanced Forward Presence der Bundeswehr auf dem NATO-Stützpunkt in Rukla, Litauen (Foto: BMF)

unsere Regierung nicht aus Scharfmachern und Großmäulern besteht.

Wenn es um das liebe Geld geht, dann haben CDU/CSU und FDP offensichtlich schwerwiegende Gedächtnislücken, wenn es um ihre gemeinsame Regierungszeit von 2009 bis 2013 geht. Sie verschweigen immer, dass der Bundeswehretat ab 2010 (!) in der Merkel-Regierung mit der FDP von CSU-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg binnen 3 Jahren um sagenhafte 8 Mrd. Euro GEKÜRZT wurde – DAS war einmalig (!) in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Gleichzeitig wurde von zu Guttenberg und dieser CDU/FDP-Regierung mit einem Handstreich 2011 die Wehrpflicht „ausgesetzt“ und sämtliche Infrastruktur und Ausstattung, die man für Wehrpflichtige braucht, ersatzlos abgeschafft, so dass man heute – wollte man eine mögliche Wehrpflicht wiedereinführen – für diesen Neuaufbau der Infrastruktur mindestens sieben Jahren bräuchte und mindestens 70 Mrd. Euro „on TOP“. Die CDU-Nachfolgerinnen im Verteidigungsministerium Ursula von der Leyen und Annegret Kramp-Karrenbauer haben zwar dreistellige Millionenbeträge in die „Sanierung“ der „Gorch Fock“ gesteckt und durch dubiose „Beraterverträge“ für Schlagzeilen gesorgt – aber um die maroden Bestände von Heer, Marine und Luftwaffe haben sich beide absolut NICHT gekümmert. Der Bundeswehretat, der 2017 unter CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble noch bei ca. 37 Mrd. Euro pro Jahr lag, wuchs unter Finanzminister Olaf Scholz binnen nur vier (!) Jahren bis 2021 kontinuierlich auf 50 Mrd. Euro pro Jahr auf – ansonsten wäre es um die Ausstattung unserer Soldatinnen und Soldaten heute noch wesentlich schlimmer bestellt. Es war der Verdienst von Olaf-Scholz – nach nicht einmal 100 Tagen im Kanzleramt - ein 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr politisch durchgesetzt zu haben, und es ist ein seit dem 19. Januar 2023 als Verteidigungsminister im Amt befindlicher Boris Pistorius, der für unsere Soldatinnen und Soldaten mehr durchgesetzt hat und durchsetzen wird als irgendein konservativer Vorgänger von ihm in den letzten fast 20 Jahren. Gemeinsam sind Boris Pistorius und Olaf Scholz auf internationaler Ebene ein „Bollwerk“ für Deutschland, was in dieser geopolitischen Lage gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Darüber hinaus ist es der Bundesregierung und anderen Staaten in Europa sehr wichtig, über den nationalen Beitrag hinaus die militärische Unterstützung für Kiew berechenbar und verlässlich fortzusetzen und sie auf möglichst viele Schultern zu stützen. Mit der beim G7-Gipfel im Juni 2024 in Apulien beschlossenen zusätzlichen Finanzhilfe in Höhe von rund 50 Milliarden Dollar für die Ukraine ist dies gelungen, denn ein Großkredit dieses Kredites wird mit sogenannten „windfall profits“ aus eingefrorenen Vermögenswerten der russischen Zentralbank finanziert. Treffend kommentierte Bundeskanzler Scholz auf der Pressekonferenz am

9. Juli 2024 in Washington diesen Beschluss: „Das ist ein klares Zeichen der Solidarität, aber auch eine Botschaft an den russischen Präsidenten, dass er nicht daraufsetzen kann, diesen Krieg gewissermaßen auszusitzen und zu warten, bis die Unterstützung für die Ukraine nachlässt.“ Die genauen Modalitäten dieses Kreditinstruments werden aktuell in der Europäischen Union sowie im Kreise der G7 intensiv erarbeitet. Damit wird die Ukraine dann u. a. die benötigten Waffen selbst einkaufen können. Zudem setzt sich die Bundesregierung für die gemeinsame Beschaffung von Luftverteidigungssystemen und Drohnen für die Ukraine ein - entsprechende Initiativen sind auf den Weg gebracht.

7. Oktober 2023 – das Massaker der Hamas und der Krieg in Gaza, Westjordanland und Libanon

Der blutige Terrorüberfall der Hamas auf unschuldige Zivilisten in Israel am 7. Oktober 2023 mit über 1.500 Toten, über 3.000 Verletzten und hunderten entführten Geiseln führte zum (von Hamas absichtlich provozierten) Gaza-Krieg Israels mit entsetzlichen Folgen für zehntausende unschuldige Opfer in der palästinensischen Zivilbevölkerung. Die Bilder der Zerstörung, die uns jetzt im endlich vereinbarten Waffenstillstand erreichen, erschüttern mich tief. Die Angriffe der Hisbollah auf Israels Norden haben auch im Libanon zu einem „Flächenbrand“ geführt und längst wird auch das (palästinensische) Westjordanland zum „Hotspot“ von Gewalt und Terror. Es ist eine entsetzliche humanitäre Katastrophe. Noch fünf Monate VOR diesem 7. Oktober war ich Ende April 2023 5 Tage mit einer Delegation aus dem Haushaltsausschuss in Israel, in den Palästinenser Gebieten im Westjordanland und in den großen Flüchtlingslagern in Jordanien, um uns in dieser Region viele Projekte anzuschauen, die mit Geldern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden, um das schwierige Leben für die Zivilbevölkerung in dieser Region – insbesondere für die Kinder - zu erleichtern. Wir haben auch im Westjordanland die aggressive Siedlungspolitik der Regierung Netanjahu gesehen, palästinensische Schulen und Flüchtlingsviertel besucht, mit der palästinensischen Autonomie-Regierung in Ramallah Gespräche geführt und wir haben eines der weltweit größten Flüchtlingslager im jordanischen „Zaatari“ besucht, wo seit Jahrzehnten 630.000 syrische und 70.000 palästinensische Flüchtlinge in einer wüstenartigen Umgebung leben. Wenn ich heute an all diese Begegnungen und Eindrücke zurückdenke, kann ich nicht fassen, dass das alles nur 5 Monate VOR dem 7. Oktober war, denn seitdem ist die Welt im Nahen Osten eine andere.

Wir haben in der Ukraine die Kriegsverbrechen der russischen Söldner an wehrlosen Zivilisten in Butscha gesehen und konnten so eine Barbarei kaum fassen. Aber die Massaker, die in den Morgenstunden des 7. Oktober durch Terroristen der Hamas im Grenzgebiet Israels zum Gazastreifen an über 1.200 friedliebenden Menschen, Kindern, Säuglingen, Eltern, Greisen und über 250 Jugendlichen, die bei einer Techno-Party feierten, verübt wurden, kennen keinen Vergleich. Nie zuvor in seiner 75-jährigen Geschichte und seit der Shoah war Israel einer solchen Welle terroristischer Gewalt und Brutalität ausgesetzt. Am 7. Oktober wurden tausende Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel gefeuert, während gleichzeitig schwer bewaffnete Hamas-Terroristen mordend durch Städte und Dörfer zogen und die Menschen regelrecht hinrichteten. Hunderte Israelis – darunter Greise, Frauen und kleine Kinder – wurden als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt, viele von ihnen wurden von ihren Entführern schwer verletzt und



04.05.23: Besuch des syrischen Flüchtlingscamps in Jordanien

auf widerwärtigste Weise erniedrigt.

Ziel der Attentäter waren nicht etwa aggressive Siedler oder Soldaten, sondern bewusst die Menschen, die seit Jahrzehnten in Kibbuzen ein betont friedliches und auf Völkerverständigung basierendes Leben führen – viele von ihnen waren ihr Leben lang engagiert im Austausch und in der Unterstützung von Palästinensern in Gaza. Warum ausgerechnet sie? Weil für die Hamas, die als Terrororganisation (ähnlich dem IS oder der Hisbollah) Israel insgesamt seit Jahrzehnten auslöschen will, nicht etwa die radikalen Zionisten gefährlich sind, sondern die auf friedliches Zusammenleben - im Sinne der Zwei-Staaten-Lösung von Oslo - liberalen Juden.

Die Hamas wollte die ultimative Provokation, um Israel zum „Gegenschlag" zu zwingen mit all den zivilen Opfern unter den Palästinensern, die ihnen nicht nur egal sind, sondern die sie sogar brauchen, um weiterhin ihren Hass zu schüren und den Krieg zu befeuern. Das ist furchtbar für die unschuldige Zivilbevölkerung in Gaza. Wir verdammen die Gewalt der Terroristen in aller Schärfe und sind uns einig, dass Israel das völkerrechtlich verbriefte Recht hat, sich und seine Bürgerinnen und Bürger gegen solche barbarischen Angriffe zu verteidigen und die Sicherheit in und für Israel wiederherzustellen. Trotzdem sind wir alle auch gemeinsam mit den USA und vielen europäischen Nachbarstaaten einig in dem Entsetzen an dem Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung in Gaza, das unbedingt aufhören muss. Dazu leistet auch unsere Regierung mit diplomatischen Bemühungen und Gesprächen mit anderen Regierungen im Nahen Osten einen unermüdlichen Beitrag, um einen Flächenbrand im Nahen Osten zu verhindern. Und Deutschland leistet weiterhin Humanitäre Hilfe, die in großen Teilen der Bevölkerung im Gazastreifen die elementarsten Dinge zum Überleben sichern soll – Nahrung und eine grundlegende Gesundheitsversorgung.

Syrien – Friedenssicherung in stürmischer Zeit

Wir müssen auch auf die langfristige Perspektive des Nahen und Mittleren Ostens schauen. Es gab bis zum 7. Oktober 2023 durchaus Grund zur Hoffnung, wie zum Beispiel die Normalisierung zwischen Israel und einigen arabischen Staaten sowie die Chance auf eine Annäherung mit Saudi-Arabien. Genau diese zaghaften Bemühungen um friedliche Koexistenz will der Terror der Hamas aber zerstören. **Hoffnung gibt uns hingegen die Entwicklung in Syrien, wo sich am 8. Dezember der mörderische Diktator Baschar al-Assad per Flugzeug fluchtartig nach Moskau abgesetzt hat.**

Am 20. Januar 2025 war mein langjähriger SPD-Kollege und Außenpolitiker aus dem Bundestag, Niels Annen, zu meiner mit 60 Gästen gut besuchten öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung zu dem aktuell brisanten Thema „Friedenssicherung in stürmischen Zeiten: Deutschlands Verantwortung in der Welt" ab 19:00 Uhr im städtischen Theater in Oldenburg mein Gast. Uns beide eint das jahrzehntelange gemeinsame Engagement im Bundestag mit dem Ziel, die Lebensgrundlagen der Menschen in den ständig



20.01.25: Diskussionsabend mit Niels Annen (Foto: Hakan Özoglan)



20.01.25: Diskussionsabend mit Niels Annen (Foto: Hakan Özoglan)

wachsenden Krisenregionen zu stabilisieren und Fluchtursachen zu bekämpfen.

Während in der großen Flüchtlingsbewegung 2015 weltweit die Rekordzahl von 70 Millionen Menschen auf der Flucht waren, sind es 2024 schon fast doppelt so viele – nämlich ca. 120 Millionen Flüchtlinge weltweit. Nicht nur die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten treiben die Menschen in die Flucht, sondern auch Bürgerkriege und Vertreibungen sowie Klimakatastrophen mit Dürren und Überschwemmungen, die den Menschen die Lebensgrundlagen nehmen und zur Flucht zwingen. Wer kein sauberes Trinkwasser und keine Perspektive auf ausreichend Nahrung, auf medizinische Versorgung und auf Bildung für seine Kinder hat, wer zudem durch Terror und Milizen mit der Familie bedroht wird, der muss seine Heimat verlassen. „Fluchtursachen zu bekämpfen“ – DAS ist in Talk-Shows und Schlagzeilen eine häufig gehörte Botschaft. Aber was bedeutet das in der Realität? Deutschlands Engagement in der Welt wird in Wahlkampfzeiten von manchen Parteien in Misskredit gebracht, um zu suggerieren, dass dieses Engagement ein karitativer „Luxus“ sei, auf den man auch verzichten und dort kräftig den „Rotstift“ ansetzen könnte. Aber können wir uns in Deutschland und Europa solchen nationalen Egoismus überhaupt „leisten“? In der politischen Debatte in Berlin ist leider festzustellen, dass die Wertschätzung für Maßnahmen, die den Frieden und die Demokratie sichern helfen, spürbar abnimmt. Stattdessen heißt es à la Trump und AfD immer öfter: Germany FIRST!

Niels Annen hat am 20 Januar die Interessierten in Oldenburg mit seiner Kompetenz enorm beeindruckt - seit 2018 hat er vier Jahre als Staatsminister im Auswärtigen Amt (AA) gewirkt und seit Ende 2021 trägt er Verantwortung als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), wofür ich im Haushaltsausschuss die verantwortliche Berichterstatterin bin. Wie können wir angesichts der globalen Herausforderungen Frieden und Sicherheit in und für Europa dauerhaft gewährleisten? Da Niels Annen nur wenige Tage zuvor für die Bundesregierung im syrischen Damaskus zu „Regierungsgesprächen“ war, konnte er zur Lage im Nahen Osten und zu Syrien und der Rolle der Türkei in dieser Region besonders aktuell berichten. Aber natürlich wurden auch sämtliche Fragen der Gäste zu Afrika, Südamerika und Südostasien, zu China, Indien und Afghanistan ebenso kompetent und sachlich von ihm beantwortet.

MODERNE EINWANDERUNGSPOLITIK

Die Instrumentalisierung der Flüchtlingsdebatte im Wahlkampf

Es war der 8. Dezember 2024, als Syriens Terror-Herrscher Baschar al-Assad mit dem Flugzeug nach Moskau floh, und die Tore eines der vermutlich weltweit grausamsten Gefängnisse nahe Damaskus geöffnet wurden, in dem Zehntausende unschuldig gefoltert und ermordet worden waren. Nach 50 Jahren Terrorherrschaft der Familie Assad tanzten die Syrer auf den Straßen, obwohl bislang keineswegs sicher ist, dass das Land mit so vielen religiösen und ethnischen Minderheiten, mit einer komplett zerstörten Infrastruktur in einer vom Krieg geschüttelten Region in eine für alle sichere Zukunft gehen kann und wird. Bereits wenige Stunden später forderte eine CDU-Bundestagsabgeordnete jetzt „die schnellstmögliche Rückkehr der Syrerinnen und Syrer aus Deutschland", die hier – teils seit Jahrzehnten – Schutz erhalten und für sich und ihre Familien eine Existenz aufgebaut haben. **Am 9. Dezember forderte der Stellvertreter von Friedrich Merz in der CDU-Bundestagsfraktion Jens Spahn (Zitat): „Wie wäre es, wenn die Bundesregierung sagt: Jeder, der zurück will nach Syrien, für den chartern wir Maschinen, der bekommt ein Startgeld von 1.000 Euro." Mich haben diese Worte damals tief erschüttert. Wofür steht eigentlich das „C" in dieser Partei?** Seit Jahren nehmen Hass und Hetze gegen Flüchtlinge zu. Darunter leiden auch die vielen Menschen aus anderen Ländern, die bereits lange bei uns leben, voll integriert sind, hier arbeiten, Steuern und Sozialabgaben zahlen und in Deutschland ihre Heimat gefunden haben. Viele von ihnen haben längst einen deutschen Pass. Aber auch SIE fühlen sich angesichts solcher Worte ausgegrenzt und nicht willkommen. Die CDU liefert damit eine „Steilvorlage" für eine widerwärtige AfD-Kampagne, die „Abschiebetickets" verteilt, und zeigt, welche reale Form diese Volksverhetzung bereits angenommen hat. Die optisch an Flugtickets angelehnten Flyer mit dem „Abflugdatum" 23. Februar 2025 als Tag der Bundestagswahl mit dem Ziel „Von: Deutschland - Nach: Sicheres Herkunftsland" erinnern perfide an Äußerungen von Donald Trump in den USA. Wohin soll das in Deutschland noch führen?

Der absolute Tabubruch durch CDU/CSU und FDP erfolgte dann am 29. Januar im Deutschen



31.01.24: Tabubruch im Bundestag – Union und FDP stimmen mit der AfD für das Zustrombegrenzungsgesetz (Foto: spd-newsdesk)

Bundestag. Mittags hatte der Bundestag in einer würdevollen Gedenkstunde mit dem jüdischen KZ-Überlebenden Roman Schwarzman aus Odessa der Befreiung des schlimmsten KZ Auschwitz am 27. Januar 1945 unter dem Motto „NIE WIEDER!" gedacht. **Nur drei Stunden später ließ die CDU/CSU über den „5-Punkte-Plan von Friedrich Merz" zur Bekämpfung der Einwanderung abstimmen, dessen Maßnahmen sowohl unserem Grundgesetz wie auch dem Europarecht widersprechen. Der Antrag fand mit der Zustimmung der FDP und der AfD eine Mehrheit von 348-Ja-Stimmen gegenüber 345 Nein-Stimmen von SPD, Grünen, Linken und Stefan Seidler (SSW). Damit wurde in Deutschland das 1. Mal seit der Weimarer Republik und dem Ermächtigungsgesetz von 1933 wieder eine politische Mehrheit NUR durch die AfD im Bundestag herbeigeführt – CDU/CSU und FDP waren die „Steigbügelhalter" für die Rechtsradikalen, die AfD triumphierte und johlte im Parlament, während bei uns manche Abgeordneten in Tränen ausbrachen.**

Zwei Tage später, am Freitag, den 31. Januar, folgte dann im Deutschen Bundestag auf Initiative von Friedrich Merz mit Unterstützung von Christian Lindners FDP der nächste große Tabubruch: Trotz mehrstündiger Sitzungsunterbrechung und unserem Versuch, in letzter Sekunde diese Abstimmung mit dem Ziel zu verschieben, Einigungen in der demokratischen Mitte des Parlaments zu verhandeln und dafür Zeit zu gewinnen, entschieden beide sich für die Abstimmung über das „CDU-Zustrombegrenzungsgesetz". Das Gesetz scheiterte zwar überraschend mit nur 338-Ja-Stimmen gegenüber 350 Nein-Stimmen, obwohl der CDU-Antrag von allen Abgeordneten der AfD und von Sarah Wagenknechts BSW namentlich unterstützt wurde. Gescheitert ist das Gesetz nicht nur, weil SPD, Grüne, Linke und Stefan Seidler vom SSW geschlossen dagegen stimmten, sondern vor allem, weil es 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen aus der FDP gab und viele CDU- und FDP-Abgeordnete bei der Abstimmung schlicht fehlten … darunter 12 CDU-Abgeordnete, die aus dem „Merkel-Lager" stammen und nicht wieder für den Bundestag kandidieren. Obwohl wir erleichtert sind, dass Friedrich Merz diese Abstimmung krachend verlor, konnten wir uns nicht wirklich freuen. Denn die Redner für CDU/CSU und FDP hatten zuvor in der Debatte erschreckend deutlich gemacht, wie weit diese Parteien unter Merz, Dobrindt und Lindner nach rechts abgerutscht sind und Kompromisse und einen Anschluss an die „demokratische Mitte" gar nicht mehr suchen. Sie wollen den „Politikwechsel" – in Wahrheit den „Rechtsruck" à la Trump und Österreich – am 23. Februar mit aller Gewalt herbeiführen und brechen sämtliche „Brücken" der Kompromissfähigkeit ohne Rücksicht auf die Gefährdung unserer Demokratie ab!

Als Reaktion auf diesen Zivilisationsbruch und Skandal haben nicht nur die beiden großen Kirchen in Deutschland, die Gewerkschaften und Sozialverbände sowie Hunderte prominente Schauspieler, Sänger, Künstler und Autoren vehement gegenüber Friedrich Merz öffentlich protestiert, hat nicht nur ein 99-jähriger KZ-Überlebender sein Bundesverdienstkreuz aus Protest zurückgegeben, sondern auch CDU-Ministerpräsident Daniel Günther hatte sein NEIN im Bundesrat gegen ein mit AfD-Stimmen beschlossenes Gesetz angekündigt und die ehemalige Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat sich mit klarer Haltung gegen diese gefährliche Strategie von Friedrich Merz gewandt. **Klar ist: Was Friedrich Merz hier ohne jede Not organisiert hat, ist für unsere Demokratie „ein Spiel mit dem Feuer", und wer fahrlässig ein solches „Spiel" initiiert, dem fehlen die wichtigsten Qualifikationen als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.**

Meine Veranstaltung zur Solidarität mit Menschen mit Fluchtgeschichte

Bereits seit vielen Jahren lade ich gerne zu aktuell relevanten Filmen in die Kinos unserer Region ein, um einerseits zusammen die Filme zu schauen und andererseits anschließend mit den Gästen über den Film und seinen Hintergrund gemeinsam zu diskutieren. **Im September 2021 habe ich bereits das 1. Mal den 2019 entstandenen Kurzfilm „First Line" von Filmemacher Jonas Nahnsen mit dem damals 25-jährigen Tarek Saad in Eutin gezeigt.** Tarek Saad ist 2014 schwer verletzt mit gerade 20 Jahren aus Syrien über die Türkei nach Kiel geflohen. Der Film dokumentiert seine Ankunft und Integration, seinen Spracherwerb, seine Begeisterung für die Demokratie und sein freiwilliges Engagement in Partei und Initiativen. Inzwischen hat er sein Studium erfolgreich abgeschlossen und ist glücklich, deutscher Staatsbürger zu sein, obwohl seine Heimat Syrien



01.02.25: Mit Serpil Midyatli, Daniel Böttcher, Kubra Oruc, Sohaib Zetema, Tarek Saad, Sandra Redmann und Hamidullah Arefi ist.

Zu dieser Filmvorführung am 1. Februar ab 14:30 Uhr in Bad Schwartau habe ich neben Tarek Saad auch weitere Menschen aus Syrien eingeladen, die inzwischen als deutsche Staatsbürger*innen bei uns fest verwurzelt sind. Wir haben gemeinsam darüber diskutiert, wie die aktuelle politische Debatte – die aus meiner Sicht Gift für unseren Zusammenhalt ist - auf sie wirkt. Besonders gefreut habe ich mich, dass auch ein Journalist der „Kabul Times“, der 2022 mit seiner Familie als „Kontingent-Flüchtling“ der Bundesregierung nach dem Abzug aus Afghanistan vor den Taliban gerettet wurde und inzwischen in Roge/Sierksdorf und jetzt in Reinfeld in Sicherheit und Zuhause ist, sich an unserer Debatte beteiligt hat wie auch „Amnesty International“ und unsere SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli. Ich bedanke mich bei Kino-Betreiber Lars-Roman Paech vom „Movie Star“ in Bad Schwartau, dass ich bereits zum fünften Mal zu einer Filmvorführung zu ihm einladen durfte und wir anschließend im Kino-Foyer Gelegenheit zum Gedankenaustausch hatten. **Mein Ziel, mit dieser Veranstaltung dazu beizutragen, dass wir denjenigen, die gut integriert in unserem Land leben, Solidarität und Empathie zeigen und ihren Fluchtgeschichten aufmerksam zuhören, wurde erreicht.**

Ein Paar Zahlen und Fakten zum Thema „Flüchtlinge“

Mehr als 25 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen haben eine Einwanderungsgeschichte, bei den Jugendlichen sind es sogar über 40 Prozent. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Von 2005 bis 2021 haben ununterbrochen CDU/CSU-Innenminister unter einer CDU-Kanzlerin Angela Merkel Verantwortung in Deutschland für die Flüchtlingspolitik getragen – und dabei nichts selbst umgesetzt, was sie heute als angebliches Versagen der Ampelregierung einfordern. **Die SPD-Innenministerin Nancy Faeser hat in den letzten drei Jahren endlich eine gemeinsame EU-Regelung zur Flüchtlingspolitik (GEAS) verhandelt und beschlossen, woran ihr CSU-Vorgänger Horst Seehofer gescheitert ist.** Im Frühjahr 2024 gelang im EU-Rat eine historische Einigung zum Neustart beim Umgang mit Geflüchteten, nachdem man sich bereits im Oktober 2023 nach langem Ringen auf eine gemeinsame Position zur Krisenverordnung als letztem Baustein des GEAS verständigt hatte. Es war ein Riesenerfolg, dass das Europäische Parlament noch kurz vor der Europawahl am 10. April 2024 diese Regelungen final verabschiedet hat. Das gemeinsame europäische Asylsystem muss auch in Krisenzeiten funktionieren, damit es nicht mehr zu Rechtlosigkeit und Chaos an den Außengrenzen kommt. Wichtig war für uns

Sozialdemokraten durchzusetzen, dass es keine Herabsetzung von humanitären Standards bei der Aufnahme in Krisensituationen gibt und kein Staat allein die Regelungen der Krisenverordnung aktivieren kann, weil es dazu stets einen Beschluss mit qualifizierter Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten im Rat braucht. **Das Gesetz, mit dem wir diese EU-Regeln in nationales Recht umsetzen und damit bestehende Regelungen verschärfen, liegt im Bundestag „auf Eis", weil CDU/CSU und FDP die Beschlussfassung darüber mit fadenscheinigen Gründen verweigern!**



01.02.25: Diskussion zur Migrationsdebatte in Bad Schwartau

Um die Migrationspolitik zu ordnen und insbesondere irreguläre Migration zu begrenzen sowie die Kommunen zu entlasten, hat Bundeskanzler Olaf Scholz in zahllosen Konferenzen im Kanzleramt mit den 16 Ministerpräsident*innen und den kommunalen Spitzenverbänden verhandelt und dabei schon Ende 2023 gemeinsam vereinbart, was der Bund umsetzen soll und was ihrerseits die Länder. **Die Bundesregierung hat Wort gehalten und alle versprochenen Maßnahmen in Gesetzen und milliardenschweren zusätzlichen Finanzierungen beschlossen.**

Auf der **Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 6. November 2023** wurde auf Wunsch der Länder erneut eine massive finanzielle Unterstützung des Bundes zugesagt, die über die bisher vereinbarte feste Flüchtlingspauschale deutlich hinausgeht und in Abhängigkeit von der Anzahl der Schutzsuchenden gezahlt wird („Pro-Kopf-Pauschale", „atmendes System"): **pro Asylerstantragsteller/in erhalten die Länder für die Kommunen jetzt zusätzlich eine jährliche Pauschale in Höhe von 7.500 Euro, wofür der Bund 2024 insgesamt rund 3,5 Milliarden Euro zur Entlastung der Kommunen ausgezahlt hat**. Es wird nachträglich „spitz" abgerechnet: d.h. sollte die Zahl der Asylerstanträge 2024 deutlich steigen, dann zahlt der Bund mehr, sollten die Zahlen sinken, weniger, **aber eine Milliarde Euro pro Jahr zahlt der Bund in JEDEM Fall als „Flüchtlingspauschale" an Länder und Kommunen, damit die notwendige Infrastruktur zur Flüchtlingsunterbringung vorgehalten werden kann.** Leider können wir im Bund nicht kontrollieren, ob die Bundesländer das den Kommunen zustehende Geld auch wirklich an diese „überweisen", und der Bundesrechnungshof kritisierte, dass es keine Transparenz in den Ländern gibt, wohin diese bewilligten Milliarden Jahr für Jahr tatsächlich ausgegeben werden. Wichtig wäre auch, mit dem Geld z.B. die Digitalisierung der Ausländerbehörden oder anderer öffentlicher Institutionen zu finanzieren oder es in die Verstärkung der in den Asylverfahren belasteten Gerichte zu stecken. Betonen möchte ich auch, dass die ca. 1 Million Flüchtlinge aus der Ukraine fast vollständig über die Jobcenter vom Bund finanziert werden. Bei denen zahlt der Bund – im Gegensatz zu anderen Flüchtlingen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – auch für ihre Lebenshaltungskosten, weil sie bereits seit dem 1. Juni 2022 im Rechtskreis des SGB II sind.

Der Bundeskanzler und die Ministerpräsident*innen der 16 Länder haben im November 2023 verabredet, dass die Asylverfahren deutlich beschleunigt werden sollen: Zum Teil dauern die Gerichtsverfahren in den Ländern derzeit noch bis zu 40 (!) Monate. In Schleswig-Holstein wurden 2024 ca. 8223 Asylanträge bearbeitet, während das im Jahr 2023 noch 11.432 Asylanträge waren. **Während in Rheinland-Pfalz die Verfahrensdauer bei 4 Monaten liegt, wenn jemand in erster Instanz gegen seinen abgelehnten Asylbescheid klagt, dauert dieses Verfahren in Schleswig-Holstein aktuell ca. 12,7 Monate vor einem Verwaltungsgericht (Erstinstanz) und vor einem Oberverwaltungsgericht hingegen fast 14,8 Monate (2. Instanz). Angesichts dieser Zahlen wird sehr deutlich, wo in den Ländern – auch in Schleswig-Holstein - die „Stellschrauben" für**

eine Beschleunigung der Verfahren liegen. Fest als Ziel verabredet wurde bei der MPK Ende 2023, dass sowohl beim zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wie auch bei etwaigen Verfahren vor den Verwaltungsgerichten die Verfahren für Schutzsuchende aus Staaten, bei denen unter fünf Prozent aller Schutzgesuche positiv entschieden werden, **jeweils maximal in drei Monaten sowohl beim BAMF wie auch bei den Gerichtsverfahren vor dem Verwaltungsgericht** entschieden werden sollen. Für alle anderen Fälle sollen sie jeweils nicht mehr als sechs Monate dauern. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die **erste Anhörung der Flüchtlinge spätestens vier Wochen nach Stellung des Asylantrags erfolgen und die Entscheidung während des Aufenthalts in der Erstaufnahme-Einrichtung getroffen werden – woran sich Schleswig-Holstein leider nicht hält.**

Bereits im Juni 2023 haben Bund und Länder beschlossen zur Beschleunigung der Verfahren endlich mehr auf Digitalisierung im Migrationsbereich zu setzen und das Ausländerzentralregister (AZR) zu einer zentralen bundesweiten IT-Plattform auszubauen. Der Bund hat seinen Teil der Vereinbarungen mit einem Gesetz zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften bereits Anfang November 2023 umgesetzt. **Das Gesetz ist seit 16. Mai 2024 in Kraft und verbessert seitdem den Datenaustausch – nicht nur zwischen den Ausländerbehörden, sondern auch mit Sozialbehörden wie z. B. Jobcentern oder Wohngeldstellen, die jetzt Informationen über den Aufenthaltsstatus, Wohnort und die Berechtigung von Migranten für Sozialleistungen unbürokratisch prüfen können. Das BAMF hat mit dem Bundeshaushalt 2024 rund 1.100 neue Stellen erhalten, um die Asylverfahren zu beschleunigen – davon 100 Stellen in Schleswig-Holstein.** Die 16 Länder haben zugesagt, ihre Ausländerbehörden schneller zu digitalisieren, denn bisher haben viele der bundesweit über 550 kommunalen Ausländerbehörden ihre Akten auf Papier geführt: **im letzten Jahr waren 2/3 (!) aller Ausländerbehörden nicht digitalisiert**. Obwohl Bund und Länder Ende 2023 fest vereinbart hatten, dass bis zum 1. November 2024 ALLE Ausländerbehörden ihre lokalen Ausländerdateien in das Ausländerzentralregister überführen sollen, haben die Länder inzwischen um eine Verlängerung dieser Frist gebeten. Das ist auch aus Sicherheitsgründen unerfreulich, weil das BAMF **biometrische Daten von Asylantragstellern** wie etwa Fotos mit öffentlich zugänglichen Daten - zum Beispiel aus den Sozialen Medien - aus dem Internet abgleichen kann, wenn z.B. die Identität von Flüchtlingen oder anderen Straftätern aufgrund von fehlenden Ausweispapieren zweifelhaft ist.

Fortschritte: Irreguläre Migration und Schleusungskriminalität bekämpfen

Um irreguläre Migration zu begrenzen und Schleusungskriminalität wirksam zu bekämpfen, werden temporäre Binnengrenzkontrollen an allen deutschen Landgrenzen durchgeführt. Die SPD-Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat – im Gegensatz zu allen ihren Vorgängern der CDU/CSU – erstmalig entschieden, dass Kontrollen an den deutschen Landgrenzen stattfinden, solange die Sicherheits- und Migrationslage diese erfordert. Der Rückgang der irregulären Migration zeigt, dass diese **Grenzkontrollen wirken: Im Jahr 2023 wurden insgesamt 35.618 Personen an der Grenze zurückgewiesen, im Jahr 2024 bis einschließlich Dezember waren es insgesamt 41.640 Personen. Dennoch ist klar: Grenzkontrollen müssen in Europa wirksam an den Außengrenzen (GEAS) stattfinden, damit wir im Schengenraum offene Grenzen in Europa haben können, was insbesondere im Interesse der deutschen Wirtschaft und Handelsfreiheit ist!** Unsere Bundespolizei wäre auch personell komplett überfordert, unsere über 3.000 km langen Grenzen auf Dauer (was die CDU/CSU und FDP fordern!) „dicht“ zu machen. **Auch die Zahl der Asylgesuche – also die Anzeige, dass Schutz gesucht und ein Asylantrag gestellt werden wird – ist gegenüber dem Vorjahr in jedem Monat des Jahres 2024 deutlich zurückgegangen im Vergleich zu 2023 - insgesamt sind 2024 gut 34 Prozent weniger solcher Asylgesuche im Vergleich zum Vorjahr gemeldet worden, im Vergleich zum Jahr 2022 um rund 15 Prozent niedriger.** Insgesamt wurde im Zeitraum September-Dezember 2024 mit rund 68.000 Asylgesuchen der niedrigste Wert seit 2020 erreicht. Das deutsche Engagement im Rahmen von FRONTEX, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, wurde ausgeweitet, so dass Deutschland der größte Kontingentsteller unter den EU-Mitgliedstaaten (Bund 176 Kräfte, Länder 31 Kräfte) ist, und dieses Engagement

zeigt auch Wirkung bei den Rückführungen von Menschen ohne Bleiberecht.

Verbesserung der Rückführungen

Personen ohne Bleiberecht - insbesondere Gefährder und Straftäter sowie Schleuser - werden schneller in ihre Heimatländer zurückgeführt als noch von CSU-Innenminister Horst Seehofer in der GroKo. Der Bund unterstützt mit seiner Bundespolizei die Länder bei Rückführungen (Abschiebungen und freiwillige Rückkehr), für die die Länder selbst zuständig sind. **Die Zahl der Abschiebungen ist 2024 im Vergleich zum Vorjahr 2023 um über 20 Prozent gestiegen. Im Vergleich der ersten 11 Monate 2024 zum Vergleichszeitraum des Jahres 2021, dem letzten Jahr der letzten Legislaturperiode, waren es 68 Prozent mehr (18.384 statt 10.945).** Um Abschiebungen zügiger durchzuführen wurden Gesetze verschärft - so dürfen die zuständigen Behörden nun auch andere Räumlichkeiten als das Zimmer des Abzuschiebenden in einer Gemeinschaftsunterkunft zur Suche betreten und müssen die Abschiebungen, denen eine mindestens einjährige Duldung vorausging, nicht mehr einen Monat vorher ankündigen (Ausnahmen gelten für Familien mit Kindern unter 12 Jahren). **Der Ausreise-Gewahrsam wurde von zehn auf die einheitlich von den Ländern gewünschten 28 Tage verlängert**, um den Behörden ausreichend Zeit für die organisatorischen Schritte der Abschiebung zu ermöglichen, denn geplante Rückführungen sollen nicht daran scheitern, dass jemand untertaucht. Die Behörden erhalten einen erleichterten Zugriff auf Daten von Migranten, um den Aufenthaltsstatus schneller klären und Rückführungen besser vorbereiten zu können. Nach einem abgelehnten Asylantrag, können nun auch Folge- und Zweitanträge als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden, so dass Klagen damit keine aufschiebende Wirkung mehr haben. **Um die neuen gesetzlichen Möglichkeiten der Rückführung praktisch nutzen zu können, werden ausreichend Haft- und Gewahrsamsmöglichkeiten in den Ländern benötigt, was die Ministerpräsident*innen der Länder in ihren Beschlüssen mit dem Bundeskanzler schon Ende 2023 zugesagt haben.** Wir mussten nach den Attentaten in Aschaffenburg, in Magdeburg, Solingen und Mannheim leider jedes Mal feststellen, dass genau diese verschärften Möglichkeiten zum Gewahrsam und zur Abschiebung von den Bundesländern in allen Fällen nicht genutzt worden waren. Was wir also zur Verhinderung solcher Straftaten brauchen, sind nicht neue Gesetze, sondern der konsequente Vollzug der vorhandenen Gesetzeslage!

Abschiebungen funktionieren jedoch nur, wenn die Herkunftsländer ihre Staatsangehörigen wieder zurücknehmen, weshalb die Innenministerin sich sehr für zusätzliche Rückübernahmeabkommen wie z.B. mit Marokko und Algerien einsetzt – aktuell haben unsere deutschen Behörden mit insgesamt rund 50 Herkunftsländern solche Abkommen. Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass das **Instrument des „Visa-Hebels“ auf europäischer Ebene** funktioniert, was bedeutet, dass Staaten, die bei der Rückkehr ihrer Staatsbürger nicht kooperieren, mit erschwerten Bedingungen bei der Visumsvergabe rechnen müssen. Außerdem wurden Georgien und die Republik Moldau als **sichere Herkunftsstaaten** anerkannt, wodurch Asylverfahren von Personen aus diesen Herkunftsländern schneller durchgeführt werden.

Ein modernes Einwanderungsrecht – Kampf dem Fachkräftemangel!

Deutschland ist – auch wenn CDU/CSU das immer gern geleugnet haben – längst ein Einwanderungsland und dringend auf gezielte Fachkräfteeinwanderung sowie die gelungene Integration von Geflüchteten angewiesen. Obwohl wir in Deutschland mit der Rekordzahl von über 46 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten noch nie so viele Erwerbstätige hatten wie aktuell, ist es für viele Arbeitgeber das größte Problem, trotz voller Auftragsbücher die notwendigen Fachkräfte zu gewinnen. Das gilt auch für Ostholstein. Es fehlen Erzieherinnen und Lehrkräfte, Pflegekräfte und Ärzte, es fehlen aber auch Busfahrer und Lokführer, Handwerker aller Sparten, Köche und Bedienungspersonal in den Restaurants und Kneipen, die dann trotz Gästeansturm in der Saison zwei Tage schließen müssen, obwohl ihnen dann ein sicheres Geschäft verloren geht und die Touristen enttäuscht sind. Die Demoskopen sagen es uns seit 15 Jahren: **Wir brauchen in Deutschland eine Nettozuwanderung von ca. 400.000 Personen pro Jahr. Davon sind wir weit entfernt. Aber erst die Ampel-Regierung hat die Weichen für mehr Zuwanderung von Arbeitskräften gestellt, was allmählich Wirkung zeigt.**



06.10.23: 100 Jahre Pflegeschule in Neustadt mit zwei Auszubildenden aus Uganda und Marokko

Der Schlüssel für eine gelungene Integration ist die Sprache als Bedingung für Qualifizierung und Arbeit. 2015 hat der Bund noch nur knapp 270 Mio. Euro pro Jahr für die erforderlichen Integrationskurse ausgegeben - 2024 haben wir diese Investition des Bundes um mehr als das Vierfache erhöht, nämlich auf die Rekordsumme von 1,24 Mrd. Euro (2023 knapp 1 Mrd. Euro). **Davon profitiert auch Ostholstein: 2024 hat das Jobcenter Ostholstein 1.832 Personen in Arbeit oder Ausbildung vermittelt – davon war rund ein Drittel (637) Geflüchtete. Insgesamt waren im vergangenen Jahr 1.372 Flüchtlinge und 791 Ukrainer*innen sozialversicherungspflichtig beschäftigt – über 10 Prozent mehr als noch 2023.** Die meisten vermittelten Flüchtlinge sind laut dem Jobcenter Ostholsteins in Hotellerie und Gastronomie, dem Reinigungsgewerbe, im Handel, dem Gesundheits- und Pflegebereich sowie dem Handwerk tätig – alles Branchen, die schon lange unter dem Fachkräftemangel leiden. Das zeigt: unsere Gesetze wirken.

Bundesweit waren 2024 ca. 260.000 Ukrainer*innen sozialversicherungspflichtig beschäftigt und insgesamt zusätzlich 704.000 Geflüchtete aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern – und damit 71.000 mehr als im Vorjahr. Viele Flüchtlinge sind u.a. ein echter Gewinn für unser Gesundheitssystem: **Laut Bundesärztekammer arbeiten rund 5.800 syrische Ärztinnen und Ärzte in Deutschland – fast 5.000 davon in Kliniken, vor allem im ländlichen Raum.** Wir alle können uns nur wünschen, dass der Großteil dieser Fachkräfte sich in Deutschland wohlfühlt und bei uns bleibt, obwohl der Tyrann Baschar al-Assad jetzt zu Putin geflohen ist und alle Syrer hoffen, dass das neue Regime in Syrien Minderheitenrechte schützt und Frieden und Stabilität herstellen kann. **Während 2014 noch knapp 120.000 Syrer bei uns lebten, waren es 2023 aufgrund des Terrorregimes in ihrem Land über 970.000 … und die allermeisten sprechen inzwischen hervorragend Deutsch, sind voll integriert und gut ausgebildet, arbeiten und zahlen Steuern.** Und da fordert der Stellvertreter von Friedrich Merz in der CDU-Bundestagsfraktion **Jens Spahn nur einen einzigen Tag nach der Flucht von Assad (Zitat): „Wie wäre es, wenn die Bundesregierung sagt: Jeder, der zurück will nach Syrien, für den chartern wir Maschinen, der bekommt ein Startgeld von 1.000 Euro."** Welch ein unverantwortlicher Kommentar eines CDU-Politikers, der zum engsten Kreis von Friedrich Merz gehört! Wofür steht eigentlich das „C" in dieser Partei?

Seit dem 1. Januar 2023 gilt in Deutschland das „Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts", das ein wichtiger Schritt zu einem Neuanfang in der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik sowie einer umfassenden Modernisierung des Einwanderungsrechts darstellt. Die im Gesetz geregelte 18-monatige Aufenthaltserlaubnis gibt langjährig Geduldeten die Möglichkeit, die notwendigen Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht durch Ausbildung oder Arbeit in Deutschland zu erfüllen, was endlich die bisherige Praxis der „Kettenduldungen" und so ein „Bürokratiemonster" beendet hat, damit die Behörden personell entlastet werden und die Betroffenen sich auf ihren Neustart konzentrieren können.

Am 23. Juni 2023 haben wir im Bundestag zudem das lange – insbesondere von der Wirtschaft – erwartete **Fachkräfteeinwanderungsgesetz**



02.01:25 Mit einer jungen Auszubildenden bei meiner Spendenaktion mit Edeka Reimers (Foto: Kuschel Heiligenhafener Post)

beschlossen, womit die gezielte Einwanderung von qualifizierten Fachkräften auch von außerhalb der EU einfacher und attraktiver geworden ist. Mit der Reform haben wir in der Verantwortung von Arbeitsminister Hubertus Heil und Innenministerin Nancy Faeser eines der modernsten Einwanderungsgesetze weltweit beschlossen. Mit der sogenannten „**Chancenkarte**“ auf Basis eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild, werden Punkte etwa für Sprachkenntnisse, Berufserfahrung, Alter und Deutschland-Bezug vergeben, um Menschen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union künftig mehr Chancen zur Arbeitsaufnahme in Deutschland zu eröffnen. Zusätzlich führen wir endlich den „**Spurwechsel**“ in der Migrationspolitik ein, der es Menschen ohne abgeschlossenes Asylverfahren ermöglicht, die „Spur“ vom Asylverfahren in einen Aufenthaltstitel der Erwerbsmigration zu wechseln, falls eine berufliche Qualifikation und ein Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen vorgelegt werden können. Schon 2016 haben wir als SPD-Bundestagsfraktion mit unserem damaligen Vorsitzenden Thomas Oppermann genau dieses „Punktesystem“ nach kanadischem Vorbild wie auch den „Spurwechsel“ gefordert, was aber leider in der Koalition mit der CDU/CSU nicht möglich war.

Wenn wir ausländische Fachkräfte langfristig binden wollen, müssen wir ihnen (und ihren Familien) eine langfristige Perspektive in Deutschland bieten. Was wir sicher nicht brauchen, ist eine CDU/CSU die Menschen, die bereits seit Jahren bei uns leben und arbeiten, wie Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse behandelt. Mit der im Januar 2024 beschlossenen Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sind Einbürgerungen nach fünf statt wie bisher acht Jahren schneller und einfacher möglich. Auch Mehrstaatigkeit ist nun grundsätzlich möglich. Mit dem Gesetz würdigt Deutschland endlich auch die Lebensleistung der sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter und erleichtert ihnen die Einbürgerung. Klar ist: Wer durch Antisemitismus, Rassismus oder andere Formen der Menschenverachtung aktenkundig geworden ist, der wird nicht eingebürgert.

Fakt ist: Fachkräfteeinwanderung und Weiterbildung gehören untrennbar zusammen. Daher hat der Bundestag ebenfalls am 23. Juni 2023 das Gesetz zur Reform der Weiterbildungsförderung beschlossen. Mit der Ausbildungsgarantie wird der Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz eingeführt, ebenso wie ein gefördertes Berufsorientierungspraktikum und ein Mobilitätszuschuss, während die Teilnahme an Einstiegsqualifizierungen deutlich erleichtert werden. Die bestehenden Weiterbildungsmöglichkeiten für Beschäftigte werden durch feste Förderhöhen und die Öffnung der Förderung für alle Betriebe stark vereinfacht. Damit entstehen neue Chancen für unsere Beschäftigten insgesamt.



18.06.24: Das internationale Küchenteam des Hansa Parks bei meinem Ladies Day

MEIN EINSATZ FÜR DIE BUNDESPOLIZEI



10.06.23: Schiffstaufe der NEUSTADT mit Harald Fassmer, Dr. Dieter Romann (Präsident des Bundespolizeipräsidiums), Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Bürgermeister Mirko Spieckermann

2015/2016 konnte ich im Haushaltschuss erreichen, dass wir 180 Mio. Euro für drei neue Bundespolizei-Schiffe der „Potsdam-Klasse“ bewilligten, die alle in Deutschland gebaut wurden, ihren Heimathafen in Neustadt haben und die u.a. mit einem Hubschrauberlandeplatz, mit einem OP-Saal sowie mit einer Distanzwaffe ausgerüstet sind und im Ernstfall die maritime GSG 9-Einsatzgruppe an Bord nehmen können.

Für das erste dieser Schiffe durfte ich im Dezember 2018 die Taufpatin sein – das inzwischen vierte dieser Schiffe wurde im Sommer 2023 von Bundesinnenministerin Nancy Faeser auf den Namen „NEUSTADT“ getauft.

Ich bin glücklich, dass Nancy Faeser zusätzlich am 9. Oktober 2024 die Verlegung der maritimen Spezialeinheit der GSG 9 von Bonn aus nach Neustadt an den Standort der Bundespolizei See beschlossen hat – dafür habe ich mich seit 2019 nachdrücklich in Berlin eingesetzt! Diese wichtige Entscheidung verbessert die Sicherheit im Ostseeraum gravierend und stärkt den Standort Neustadt auf Dauer. Alle vier Schiffe patrouillieren unablässig nicht nur mit Blick auf gefährdete kritische Infrastrukturen wie Seekabel und Pipelines, sondern auch im Wissen um den russischen Nachbarn an der Küste in Kaliningrad. Die Lage im Ostseeraum ist seit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 spürbar brisanter geworden, was auch die neue Nato-Mitgliedschaft von Schweden und Finnland beweist.



16.07.24: Mit dem parl. Staatssekretär Johann Saathoff (Foto: Hakan Özoglan)

MUNITIONSALTLASTEN IN DER OSTSEE

Am 17. August 2022 folgten über 150 Gäste meiner Einladung zum Thema „SOS für die Ostsee – warum wir jetzt endlich mit der Bergung von Munitionsaltlasten loslegen müssen“ in das Haffhuus in Haffkrug. Gemeinsam mit meinem Haushaltsausschusskollegen Michael Thews, der für den Etat des Umweltministeriums in Berlin verantwortlich ist und mit namhaften Experten aus Wissenschaft, Forschung und maritimer Wirtschaft auf dem Podium konnten wir über die Gefahren durch Munitionsaltlasten an der Küste aufklären und sagten zu, für ein Sofortprogramm zur Bergung mit modernster Technik in Berlin kämpfen zu wollen. Nur vier Monate später beschloss der Haushaltsausschuss 100 Mio. Euro für den Bau einer innovativen Bergungsplattform ab 2023. Die Folgeveranstaltung gemeinsam mit Michael Thews und denselben namhaften Experten am 15. Juli 2024 war erneut ein riesiger Erfolg, denn über 120 Gästen konnten wir „ein Update“ zum Umsetzungsstand geben und viele Fragen beantworten.



Meine Referenten 2022/24: Prof. Edmund Maser, Jann Wendt, Sandra Redmann und Michael Thews, zuständiger SPD-Haushälter (Foto: Hakan Özoglan)

Leider hat Bundesumweltministerin Steffi Lemke die ursprünglich vereinbarten Zeit- und Umsetzungspläne des Projekts mehrfach verschoben, was immer wieder für kritische Nachfragen und kontroverse Diskussionen im Haushaltsausschuss sorgte. Zwar haben im Sommer 2024 endlich Probebergungen an vier Standorten in der Lübecker Bucht beginnen können, aber dabei kam nur marktübliche Technik bei konventioneller Munition zum Einsatz. Der eigentliche „Kernauftrag“ des Haushaltsausschusses für die bewilligten 100 Mio. Euro – die Beauftragung einer modernen Bergungsplattform mit Spezial-Verbrennungsofen und Roboter-Technik – soll jetzt erst 2025 gebaut werden und ab 2026 mit der großräumigen Bergung beginnen.

Fakt ist: Fast 80 Jahre nach Kriegsende liegen noch ca. 1,6 Mio. Tonnen an konventionellen Waffen auf dem Meeresboden von Nord- und Ostsee. Die verrottende Munition ist eine tickende Zeitbombe für Natur und Mensch in unserer Region. Die langfristig milliardenschwere Bergung und Entsorgung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern, wofür – unter Einbindung Schleswig-Holsteins – ein Bund-Länder Fonds





Großer Andrang im Haffhuus in Scharbeutz 2022 und 2024 (Foto rechts: Hakan Özoglan)



16.07.24: Informationsausfahrt zu den Munitionsaltlasten mit der Bundespolizei (Foto: Hakan Özoglan)

im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Bereits im April 2023 hatte die Bundesumweltministerin „Gespräche mit den Landesregierungen“ schriftlich zugesagt, von deren konkreten finanziellen Ergebnissen und Zusagen wir aber bis heute nichts gehört haben. Aktuell hat Schleswig-Holstein bislang keinen einzigen Cent zur Bergung der Munition in der Ostsee beigetragen.

Am 16. Juli 2024 ging ich mit neun SPD-Bundestags- und zwei Landtagsabgeordneten gemeinsam mit diversen Experten aus Wissenschaft und Technik an Bord des Bundespolizeischiffs BP82, um uns durch den Einsatz modernster Unterwassertechnik des Kieler GEOMAR-Institutes über den Zustand der Altlasten auf dem Meeresgrund der Ostsee und die Herausforderungen bei der geplanten Bergung informieren zu lassen. Alle Abgeordneten waren sich einig, dass es bei diesem für die Menschen an der Küste so wichtigen Thema zügig vorangehen muss.



(Foto: Hakan Özoglan)

FESTE FEHMARNBELTQUERUNG

Für die Kommunen und betroffenen Anwohner entlang der Festen Fehmarnbeltquerung bleibe ich zuverlässige Ansprechpartnerin und aktiv für übergesetzlichen Lärmschutz zum Schutz der Lebensqualität. Der Rechnungsprüfungsausschuss, in dem ich Obfrau für die SPD-Bundestagsfraktion bin, begleitet das Projekt der Hinterlandanbindung seit 2009 und befasst sich regelmäßig mit den Planungen der Bahn und des Verkehrsministeriums.

Ein großer Erfolg war der Beschluss des Deutschen Bundestag vom 2. Juli 2020, welcher explizit Maßnahmen in Höhe von **232 Mio. Euro zum übergesetzlichen Lärmschutz entlang der Trasse** auf Vorschlag des Dialogforums und auf der Grundlage von Zahlen und Prognosen der Deutschen Bahn finanziert, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen Dieser Beschluss bleib jedoch in Teilen hinter den Forderungen des Dialogforums zurück, was ich neben meiner Zustimmung zum Beschluss im Bundestag zu Protokoll gab.

Gleichzeitiger Bau ab 2026 - Nadelöhre Fehmarn und Bad Schwartau

Im Februar 2024 haben wir **erstmals einen konkreten Zeitplan für das Projekt erhalten**, welcher in einer Antwort des Verkehrsministeriums auf einen Fragekatalog von mir im September 2024 maßgeblich korrigiert wurde. Nach aktuellem Stand soll der Planfeststellungsbeschluss für den Sundtunnel Anfang 2026 gefasst und mit dem Bau bereits im 2. Quartal 2026 begonnen werden – eine um drei Monate optimistischere Prognose als im Februar. Wie zuverlässig dieser Zeitplan angesichts möglicher ‚Munitionsaltlasten' im Sund ist, bleibt zweifelhaft. **ALLE weiteren Planfeststellungsbeschlüsse der Hinterlandanbindung sollen noch 2025 gefasst und 2026 soll dann quasi zeitgleich die komplette Strecke gebaut werden. Nur Bad Schwartau bleibt Schlusslicht und Nadelöhr der gesamten Strecke mit dem letzten Planfeststellungsbeschluss 2026 und dem Baubeginn Ende 2026.** Es bleibt mir ein Rätsel, wie der zweigleisige Ausbau auf über 70 km binnen drei Jahren zu schaffen sein soll. Folgerichtig hat der Rechnungsprüfungsausschuss am 27. September 2024 erneut das Verkehrsministerium aufgefordert, umgehend Gespräche gemäß Artikel 22 des Staatsvertrages mit der dänischen Seite über eine Übergangslösung zu führen.

In Berlin habe ich am 9. April 2024 Bürgermeister Jörg Weber, Regionalmanager Jürgen Zuch und Stig Rømer Winther, Geschäftsführer von Femern Belt Development, angesichts des kurz vorher veröffentlichten Planfeststellungsbeschlusses für



23.04.24: Mit Benjamin May, Bgm. Jörg Weber, Bgm. Dr. Katrin Engeln und Bernhard Schmidt in Berlin

den Abschnitt Fehmarn empfangen. Wenig später hat die **Stadtvertretung Fehmarn in ihrer Sitzung vom 16.04.2024 nahezu einstimmig (mit 19 Ja- zu 2 Nein-Stimmen) beschlossen, gemeinsam mit dem Wasserbeschaffungsverband Fehmarn Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss Schiene einzureichen**. Grund dafür war die mögliche Gefährdung der Wasserversorgung durch die Baumaßnahmen, auf die die Bahn in der bisherigen Planung nicht eingegangen war.

Am 23. April konnte ich dann ein weiteres Gespräch, diesmal mit Bad Schwartaus Bürgermeisterin Dr. Katrin Engeln und ihrem Fachmann Bernhard Schmidt sowie Bürgermeister Jörg Weber und seinem Bauamtsleiter Benjamin May mit dem BMDV und meinem Haushaltskollegen Metin Hakverdi, als zuständigem Berichterstatter im Haushaltsausschuss, ermöglichen. Dabei wurde klar, dass die katastrophale Kommunikation der Deutschen Bahn in Ostholstein mit den betroffenen Kommunen dem Ministerium, als dessen Auftraggeber bislang nicht hinreichend deutlich geworden ist. Das Gespräch war ein erster wichtiger Schritt, wobei allerdings weitere folgen müssen, wenn die Stadt Bad Schwartau nicht auch wegen der Unfähigkeit der Bahn zu Kompromissen dem Beispiel Fehmarns mit einer Klage folgen soll.

Zukunft der Sundbrücke

Der Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 27. September 2024 ist umso wichtiger, da eine temporäre Elektrifizierung der Sundbrücke nicht nur erhebliche Kosten, sondern auch eine enorme Lärmbelastung bedeuten würde. I**n den bereits im Februar 2024 vom Ministerium bezifferten Kosten von 61,6 Mio. Euro für die (temporäre!) Elektrifizierung der Sundbrücke ist ein „EVENTUELLER Rückbau" NICHT eingerechnet. Dieser simple Passus ist eine ultimative Bedrohung für den Lärmschutz und die Lebensqualität für die Anwohner**, der die gesamte Arbeit des Dialogforums ad absurdum führen würde. Aus statischen Gründen sei laut der Bahn eine Installation von Lärmschutzwänden auf der Brücke nicht möglich.

Auch zur Zukunft der Sundbrücke, welche der Bund gerade umfassend grundinstand setzt, hat das Verkehrsministerium 2024 ausführlich Auskunft gegeben. **Nachdem die Instandsetzungskosten von der DB zunächst mit 30 Mio. Euro und danach mit 49 Mio. Euro beziffert wurden, wissen wir aufgrund meiner Nachfragen, dass sich die Gesamtkosten auf voraussichtlich 91 Mio. Euro belaufen werden.** Es bleibt die Frage, wer nach Fertigstellung des neuen Sundtunnels die Baulast der Brücke übernimmt. Klar ist: Der Kreis Ostholstein wäre mit den Kosten überfordert, weshalb die Landesregierung dem Kreis die Kostenübernahme garantieren muss, um endlich selbst einen fairen Anteil an diesem Megaprojekt zu tragen.

Für eine Übernahme durch den Bund gibt es schlichtweg keine Rechtsgrundlage. Dies hat Bundesverkehrsminister Wissing Mitte Oktober erneut und abschließend dargelegt: Mit Fertigstellung des Sundtunnels verliert die Sundbrücke ihre weiträumige Verbindungsfunktion, weshalb die Straße gemäß Bundesfernstraßengesetz in eine Straßenklasse nach Landesrecht herabzustufen ist. **Damit liegt die Verantwortung zur künftigen finanziellen Entlastung des Kreises eindeutig beim Land.** Denn während bei Abschluss des Staatsvertrages 2008 die Kosten für die Hinterlandanbindung für den Bund noch mit 840 Mio. Euro beziffert wurden, dürften die Kosten aktuell auf 4 bis 5 Mrd. Euro explodiert sein, woran sich das Land Schleswig-Holstein mit keinem einzigen Cent beteiligt. Da ist es grotesk zu glauben, dass der Bund zusätzlich zur Baulast des Sundtunnel noch die spätere Sonderbaulast für die Sundbrücke ohne Rechtsgrundlage übernehmen wird.



09.04.24: Mit Bürgermeister Jörg Weber, Regionalmanager Jürgen Zuch und Stig Rømer Wünther, Geschäftsführer von Femern Belt Development

Erfolg für Sierksdorf

Obwohl ich im Kampf gegen die Feste Fehmarnbeltquerung leider verloren habe, kämpfe ich in Berlin weiter für die betroffenen Kommunen sowie die Umsetzung des übergesetzlichen Lärmschutzes entlang der Trasse. So auch in Sierksdorf, wo die vom Bundestag beschlossene Variante einer Tieferlegung im Bereich der Gemeinde von der Bahn aufgrund der hohen Kosten kurzerhand im März 2023 in eine „Billigvariante“ umgewandelt wurde, die eine Aushöhlung des Lärmschutzes bedeutet hätte. Auf meine Initiative beschloss der Haushaltsausschuss, dass die Bahn in Verhandlungen mit der Gemeinde Sierksdorf eine neue „Akzeptanzlösung“ finden sollte. Während die Gemeinde Sierksdorf einstimmig einer pragmatischen Lösung zustimmte, setzte sich die Bahn über den Beschluss hinweg. Glücklicherweise konnte ich die Ampel-Koalition im Haushaltsausschuss erneut überzeugen, so dass wir am 21. Juni 2023 beschlossen haben, dass wir das Votum der Deutschen Bahn ablehnen und stattdessen **9,9 Mio. Euro für Mehrkosten für übergesetzlichen Lärmschutz in Sierksdorf** bewilligen – die CDU/CSU hat sich dabei übrigens enthalten!



14.08.20: Rathausgespräch mit Bürgermeister Udo Gosch und allen Fraktionen

Deutsche Bahn verunsichert Kommunen und Anwohner

Anfang Februar 2024 sorgte die Deutsche Bahn dann noch mit einer angeblichen „**Streichliste**“ von Projekten für Verunsicherung bei Bürger*innen und Kommunalpolitik, denn auch die Hinterlandanbindung war Teil der Liste. Dass diese Liste den Weg auf die Schreibtische der Journalisten gefunden hat, war vor dem Abschluss der Haushaltsverhandlungen im Bundestag sicher kein Zufall...

Dabei ist die Bahn überhaupt nicht legitimiert, eine derartige Entscheidung zu treffen. Die Bahn ruderte wenige Tage später in einem Pressestatement zurück. **Für die Bahn mag das Thema damit erledigt sein, bei den Betroffenen in Ostholstein hinterlässt es jedoch ein Gefühl der Unsicherheit.** Mir war es daher besonders wichtig am 26. Februar auf Fehmarn gemeinsam mit Niclas Dürbrook, dem verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und Regionalmanager Jürgen Zuch in einer dreistündigen Diskussion viele Fragen zu beantworten und die Verunsicherung der fast 90 Gäste durch die Berichterstattung auszuräumen.





26.02.24: Fast 90 Gäste beim Diskussionsabend zur FBQ mit Regionalmanager Jürgen Zuch, Niclas Dürbrook und Marianne Unger

MEIN LADIES' DAY



2004 habe ich mich anlässlich des Weltfrauentags zum ersten Mal mit weiteren 12 Bundestagsabgeordneten dazu entschieden, erfolgreiche Frauen aus unseren Wahlkreisen nach Berlin einzuladen: Die Geburtsstunde des Ladies‘ Day aus dem ein richtiges Netzwerk entstanden ist. Seitdem lade ich regelmäßig über 100 Existenzgründerinnen, Unternehmerinnen, erfolgreiche Frauen in Führungspositionen und Engagierte zu gemeinsamen Treffen – mittlerweile in Ostholstein – ein. Ziel war und ist es, Informationen auszutauschen und die Vernetzung zwischen Unternehmerinnen und weiblichen Führungskräften zu verbessern.

Am 18. Juni 2024 begrüßte unsere Gastgeberin und Geschäftsführerin des Hansa-Parks Claudia Leicht zum 5. Mal seit 2013 mich mit 105 Frauen unseres Netzwerks vom „Ladies‘ Day“ und wir starteten gemeinsam zum 12. Mal in Ostholstein in einen 5-stündigen Abend mit zwei hochspannenden Talk-Runden, einem phantastischen Essen im „Café Rosa“ sowie unserem „Special Guest“, der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Aydan Özoğuz aus Hamburg.

Bei der ersten Talk-Runde stand zunächst Aydan Özoğuz, Bundestagsvizepräsidentin (und bis 2018 Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration im Bundeskanzleramt von Angela Merkel), im Mittelpunkt, bevor Beate Rinck als Vorsitzende des Fördervereins für das 1. Hospiz in Oldenburg/Wagrien und Fehmarn mit ihrem Herzensthema auf das Podium kam: Was sie seit 2016 zunächst als „Idee“ entwickelt und seitdem konsequent mit dem von ihr 2019 gegründeten Förderverein mit vielen Mitstreiter*innen und unglaublich viel Kraft ehrenamtlich umgesetzt hat, ist einmalig: 440.000 Euro an Spenden wurden seitdem für die Hospizarbeit gesammelt, das Baugrundstück in Oldenburg für 12 Hospizplätze und 2 Appartements für Angehörige steht – dank der Kirche – bereit. Derzeit warten sie auf die Baugenehmigung (damit die 360.000 Euro Landeszuschuss nicht „verfallen“!) – 2026 soll dann die Einweihung gefeiert werden. 5,5 bis 6,3 Mio. Euro soll diese großartige Einrichtung kosten, und erst wenige Wochen zuvor erhielt Beate Rinck für die gGmbH des Hospizes den unfassbar großen Scheck von einer Million Euro von der Sparkasse Ostholstein aus Anlass von deren 200. Jubiläums





in Hasselburg. Abgeschlossen wurde die Runde von Claudia Leicht, die seit 2019 „Botschafterin“ des Palliativ- und Hospiz-Verbandes in Schleswig-Holstein ist, und mir selbst als Schirmherrin des Hospiz- und Palliativ-Netzwerkes in Ostholstein. Für ihr tolles Engagement bedankte ich mich bei Beate Rinck und Claudia Leicht mit einem sehr persönlichen Geschenk aus meiner Zeit als parlamentarische Staatssekretärin: der 20-Euro-Sondermünze in Silber aus dem Jahr 2018 anlässlich des Jubiläums zu „100-Jahre-Frauenwahlrecht“ in Deutschland!

Bei der 2. Talk-Runde drehte sich dann alles um das Thema Pflege. Meine erste Fachfrau zu diesem intensiven Gespräch war Ute Stahl, die bei AMEOS Nord die Pflegeausbildung leitet – die Pflegeschule in Neustadt hat eine über hundertjährige Tradition. Seit vielen Jahren werden dort auch junge Menschen aus Marokko und vielen afrikanischen Ländern ausgebildet und zu erfolgreichen Abschlüssen geführt. Mein zweiter Gast Christina Grahl gab ihren lukrativen Job als Pflege-Direktorin bei AMEOS auf, um sich im Pflegestützpunkt Bad Schwartau und bei der Diakonie zu engagieren, wo insbesondere Angehörige bei der familiären Pflege unterstützt werden. Die dritte Frau auf dem Podium war Sabine Grein, die als Netzwerkkoordinatorin das Palliativ-Netzwerk Ostholstein organisiert, wo fachübergreifend alle ärztlichen und pflegerischen Berufe zusammenwirken, um das Beste für die Patienten am Lebensende und ihre Angehörigen zu erreichen. Und Svenja Ralf von der Mutter-Kind-Kur-Einrichtung in Pelzerhaken kümmert sich insbesondere um Familien mit beeinträchtigten Kindern, die am Ende mit ihrer Kraft sind und an der Ostsee die „Batterie“ auftanken und nachhaltige Hilfen für den Alltag einüben sollen. Es war ein intensiver Einblick in diese so wichtigen Berufsfelder, der nachdenklich machte.





Abgerundet wurde der Abend musikalisch von den wunderbaren Sängerinnen Lene Krämer und Michaela Homann-Speck welche – wie schon 2013 am gleichen Ort – wieder einmal dabei waren. Und sie machten uns allen eine Freude mit einem Intermezzo von drei Stücken. Das letzte sangen wir spontan alle gemeinsam im Chor – was für ein schöner Moment!

Zum Abschluss gab es dann noch ein Abendessen im fantastischen „Café Rosa“, das sowohl optisch, atmosphärisch wie auch kulinarisch zum „Highlight“ des Abends wurde. Es war ein wunderbarer Abend – danke an Claudia Leicht und ihr internationales Team für eine perfekte Organisation und einen warmherzigen Empfang und danke auch an meine drei Mitarbeiterinnen Angela Hüttmann, Juliane Kahlke (Büro Eutin) und Kubra Oruc (Büro Berlin) für die immense Vorbereitung!

Meine 10. und 11. Ladies' Days in Timmendorfer Strand und Neustadt





27.06.23: Mit Rektorin Ilona Hartmann in Neustadt





MEINE ERFOLGE FÜR DIE KULTUR

Besonders am Herzen liegt mir auch die Förderung unserer lebendigen Kulturszene in Ostholstein. Erst kürzlich konnte ich den Gewinnern der zweiten Förderrunde des Festivalförderprogramms des Bundes, dem „CLASSICAL BEAT öffnet Welten“ aus Eutin mit 44.050 Euro und dem „Midsommar Straßenfest Arfrade“ in Stockelsdorf mit 21.141 Euro zur erfolgreichen Förderung aus Bundesmitteln gratulieren. Dank der engagierten Unterstützerinnen und Unterstützer können die Stiftung ‚Neue Musik-Impulse Schleswig-Holstein‘ und der Hofprojekt Arfrade e.V. beschwingt in die kommende Festival-Saison starten!



08.07.21: Mit Hans-Wilhelm Hagen in Bad Schwartau

Damit konnten gleich zwei Festivals aus Ostholstein die Fachjury überzeugen, nachdem wir im Bundeshaushalt 2024 4 Mio. Euro für die zweite Runde des Festivalförderfonds bewilligt hatten. Damit sind sie Teil von bundesweit 127 geförderten Festivals, die sich über eine Förderung von bis zu 50.000 Euro freuen können. Das bundesweite Programm des Festivalförderfonds richtet sich speziell an innovative Musikfestivals, die genre- und spartenübergreifend ausgerichtet sind. Besonderer Fokus lag in diesem Jahr auf kleineren und mittleren Festivals mit einer Besucherzahl von maximal 15.000. Die Projektausgaben können maximal 100.000 Euro umfassen. Bei einer maximal möglichen Fördersumme von 50.000 EUR fördert der Bund folglich bis zu 50 Prozent der Kosten.

Das ‚CLASSICAL BEAT‘ konnte damit erneut seine tolle Arbeit unter Beweis stellen, welche zuletzt 2018 und 2019 mit insgesamt 475.000 Euro gefördert wurde und jährlich rund 6.000 Besucher anzieht. Geschäftsführer der ‚Neue Musik-Impulse SH‘ Hans-Wilhelm Hagen war verantwortlich für die Koordinierung des ‚Kultursommers 2021‘ in Ostholstein, der damals mit dem höchstmöglichen Zuschlag von 500.000 Euro vom Bund gefördert wurde. Davon profitierten die Städte Bad Schwartau, Eutin, Oldenburg und Fehmarn sowie die Kommunen Timmendorfer Strand, Scharbeutz, Grömitz, Heiligenhafen und Bad Malente.



08.07.21: Auf der Sommertour von Serpil Midyatli in Bad Schwartau





27.05.21: Bei den Eutiner Festspielen, die aus dem 2,5 Mrd.-Sonderfonds Kultur des Bundes gefördert wurden

Gerade für unsere tourismusreiche Küstenregion sind kulturelle Angebote traditionell ein wichtiger Bestandteil in den Sommermonaten für Touristen ebenso wie für viele Einheimische. Damit mit dem Kultursommer 2021 konnten wir einerseits das kulturelle Leben zurück auf unsere Straßen, Marktplätze und Promenaden bringen und andererseits regionalen Künstlern aller Genres Auftrittsmöglichkeiten garantieren. Die Pandemie hatte die Kultur- und Veranstaltungsbranche über 12 Monaten lang bundesweit – auch in Schleswig-Holstein – quasi mit einem Veranstaltungsverbot belegt. Das haben wir im Sommer 2021 – unter vernünftigen Hygiene-Bedingungen und Auflagen – glücklicherweise ändern können! Darauf hatten nicht nur die Künstlerinnen und Künstler sowie die vielen Soloselbstständigen, die ihre Auftritte organisieren, gewartet, sondern auch ihr Publikum. Insgesamt konnten so über 600 Künstlerinnen und Künstler bei über 300 Veranstaltung in ganz Ostholstein von Juli bis November 2021 unterstützt werden.

Mit dem ‚Midsommar Straßenfest' des Hofprojekts Arfrade profitiert nun auch ein kleines, ehrenamtlich organisiertes Festival für Jung und Alt, das erst letztes Jahr gestartet ist und schon über 1.500 Besucher anziehen konnte.

Bei einer sehr professionell moderierten Podiumsdiskussion des Hofprojekts am 9. Februar 2025 anlässlich der Bundestagswahl konnte ich mich auch persönlich vom tollen Engagement der Vereinsmitglieder überzeugen.





09.02.25: Beim Hofprojekt Arfrade für die Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl

FÜR LEBENSWERTE STÄDTE

Obwohl der Bund mit dem Ende der Ampel-Koalition bis vermutlich Herbst 2025 im Rahmen der „vorläufigen Haushaltsführung“ agieren muss, fließen die Bundesmittel für die Städtebauförderung weiterhin, denn Grundlage dafür ist die Rekordsumme von 840 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt 2024 (385 Mio. Euro mehr als noch 2013). In Ostholstein sind aktuell neun Kommunen im Städtebauförderungsprogramm, wovon sieben (Neustadt, Oldenburg, Eutin, Heiligenhafen, Fehmarn, Lensahn, Bad Schwartau) allein seit 2022 über 31 Mio. Euro erhielten. Die Städtebauförderung gehört seit Jahrzehnten zu einem zentralen Förderinstrument für die Lebens- und Wohnqualität in unserem ländlichen Raum.

Am 17. Januar 2025 folgte die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bundesbauministerin Klara Geywitz meiner Einladung nach Neustadt in Holstein, da gerade in dieser Stadt zu erleben ist, wie eine kluge Förderpolitik des Bundes dank vorausschauender Planung der Stadt nachhaltige Entwicklungsperspektiven erschließt. In Neustadt in Holstein spielt die Rahmenplanung für die Hafenwestseite eine Schlüsselrolle für die grundlegende Zukunftsentwicklung und Verbindung zwischen Innenstadt, Hafen und Bahnhof. Dabei wird nicht nur moderner Wohn- und Gewerberaum geschaffen, sondern auch eine attraktive Hafenpromenade. In Neustadt wurden seit 2022 insgesamt 3,489 Mio. Euro Städtebaufördermittel von Bund, Stadt und Land investiert. Die Städtebauförderung wird traditionell zu je einem Drittel von Bund, Land und Kommune finanziert und „hebelt“



erfahrungsgemäß erhebliche private Investitionen (ein Euro öffentliche Mittel lösen i.d.R. sieben Euro private Investitionen aus).

Angesichts der rasanten Entwicklung der ganzen Region und wachsender Arbeitsplatzzahlen steigt die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum. Neustadt ist dabei auf einem guten Weg, wobei immer noch mehr Sozialwohnungen aus dem Bestand herausgehen als neue hinzukommen. Dieses Problem gibt es in ganz Ostholstein, weswegen diese Herausforderung ein weiteres Schwerpunktthema im Gespräch mit Klara Geywitz war. Im Bundeshaushalt 2024 stehen 3,15 Mrd. Euro zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus bereit, die über die Länder bewilligt werden – das sind trotz enger finanzieller Spielräume 650 Mio. Euro mehr als noch 2023! Außerdem haben wir 1 Mrd. Euro ‚on Top‘ für ein Wohnungsbauprogramm im Niedrigpreissegment für energetische Neubauten bewilligt, mit dem speziell kleine Wohnungen für z.B. Alleinerziehende oder Senioren geschaffen werden können. Natürlich wünschen wir uns, dass die Kommunen diese Gelder auch abrufen.



(Fotos: Hakan Özoglan)

IHRE KANDIDATIN FÜR OSTHOLSTEIN

Liebe Mitbürgerinnen und liebe Mitbürger,

seit meinem letzten Rechenschaftsbericht vom August 2023 sind schon wieder 18 Monate im politischen Berlin vergangen und viele internationale und finanzpolitische Krisen, die seitdem die Republik ebenso wie Europa und die Welt erschüttert haben, hätte ich mir damals nicht einmal in meinen schlimmsten Träumen vorstellen können. Über diese Herausforderungen in Berlin habe ich jetzt berichtet, und sie sind ausschlaggebend gewesen für meine Entscheidung Mitte Juli 2024, die ich nach langem persönlichen Ringen getroffen habe: nämlich noch einmal für die kommende Bundestagswahl als Ihre SPD-Kandidatin anzutreten

Warum? Nach meinem Ausscheiden als parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium unter Olaf Scholz im Dezember 2021 habe ich als stellvertretende Vorsitzende erneut meine Aufgabe im Haushaltsausschuss gefunden, dem ich jetzt schon seit 2002 als Mitglied angehören darf – ich habe inzwischen seit 22 Jahren keine einzige Haushaltsausschuss-Sitzung versäumt und bin damit die Dienstälteste Haushälterin seit Bestehen der Republik. Gerade in der jetzigen krisenhaften Zeit, in der die Haushaltspolitik und die Diskussion um die erforderliche Reform der Schuldenbremse immer mehr zum Schlüssel für das Regierungs- und Koalitionshandeln werden, ist meine jahrzehntelange Erfahrung in diesem „Job“ mehr denn je gefragt, und ich bin froh, dass ich sie in dieser Schlüsselposition für die SPD-Bundestagsfraktion kraftvoll wahrnehmen kann. Leider muss man kein Prophet sein, um zu wissen, dass auch in den nächsten vier Jahren eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik DIE zentrale Rolle in Berlin spielen wird – da fühlte es sich einfach falsch an, mich mit meiner Erfahrung aus dieser Verantwortung zu verabschieden.

Als ich am 17. Juli 2024 wieder einmal nonstop in meinem Wahlkreis mit dem „Roten SPD-Bus“ zum Bürger-Klönschnack über sechs Stunden vom Wochenmarkt in Bad Schwartau über Eutin bis zum Neustädter Hafen unterwegs war, stellte ich erneut fest, wie viele Menschen – auch außerhalb der Sozialdemokratie – auf meine jahrzehntelange Erfahrung, auf meinen Rat und auf die Unterstützung in den Fragen, die sie betreffen, zählen und dabei Orientierung suchen. Mir hat dieser direkte Dialog mit den Menschen immer sehr viel bedeutet und ich bin – nach wie vor – mit ganzem Herzen dabei.



(Foto: Hakan Özoglan)

Auf Deutschland liegt eine gewaltige Verantwortung dafür, dass wir alle die aktuellen Krisen gesellschaftspolitisch, sozial und wirtschaftlich nicht nur als Nation, sondern vor allem als Europäer gut und gestärkt bestehen. Gleichzeitig müssen wir die Weichen mit Blick auf die Gefahren des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ebenso wie auf andere Krisenherde weltweit mutig und gleichzeitig vor allem

besonnen stellen. Die katastrophalen Folgen des globalen Klimawandels sind längst auch bei uns von niemanden mehr zu leugnen und erfordern unser entschlossenes Handeln, die Herausforderungen der Digitalisierung und das Auseinanderdriften Europas müssen mutig angepackt werden. Diese Aufgaben werden uns über die nächsten Jahre komplett fordern und ich brenne nach wie vor für diesen Einsatz und für Lösungen für die Menschen. Drei erwachsene Söhne und vor allem meine fünf Enkelkinder sind mein wichtigster Ansporn, meine Kraft und Erfahrung auch weiterhin in Berlin für eine friedliche Zukunft künftiger Generationen einzusetzen.

Die meisten in der Region zwischen Fehmarn und Reinfeld kennen mich, seitdem ich ab 2002 im Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuss im Bundestag gearbeitet habe und dadurch viele Projekte im Wahlkreis und in Schleswig-Holstein mit großer finanzieller Förderung aus Berlin unterstützen konnte: ob im Bereich der Sanierung kommunaler Einrichtungen, Schulbauten oder im Denkmalschutz; ob meine aktive Förderung von Frauen(netzwerken) in Politik und Wirtschaft oder mein Engagement gegen die Feste Fehmarn-Beltquerung bzw. die Unterstützung der Kommunen entlang der dazugehörigen Hinterlandanbindung in ihrem Kampf um effektiven Lärm- und Erschütterungsschutz. In den letzten drei Jahren war mein wichtigster Erfolg mein erfolgreiches Engagement für die ab 2023 im Bundehaushalt verankerten 100 Mio. Euro für die Räumung von Munitionsaltlasten in der Ostsee. Das möchte ich fortsetzen.

„Stark im Handeln - nah bei den Menschen“ – nach diesem Motto arbeite ich seit 2002 für unsere Region im Bundestag und kann Ihnen versprechen, dass ich mich weiterhin mit ganzer Kraft für die Menschen einsetzen und mich über jede Unterstützung freuen werde.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Bettina Hagedorn

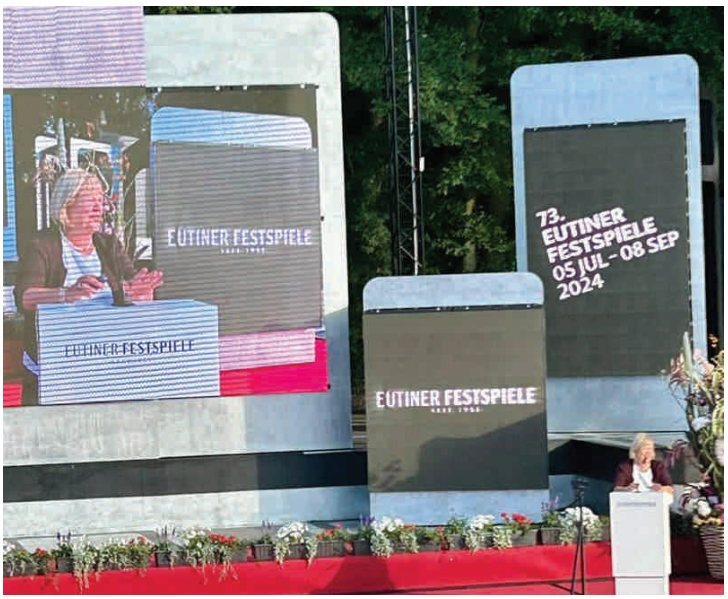


(Foto: Hakan Özoglan)

WWW.BETTINAHAGEDORN.DE
WWW.FACEBOOK.COM/BETTINAHAGEDORNMDB/

MEIN RÜCKBLICK IN BILDERN

Eutiner Festspiele: 5,5 Mio. Bundesförderung für den Neubau der Freilichtbühne

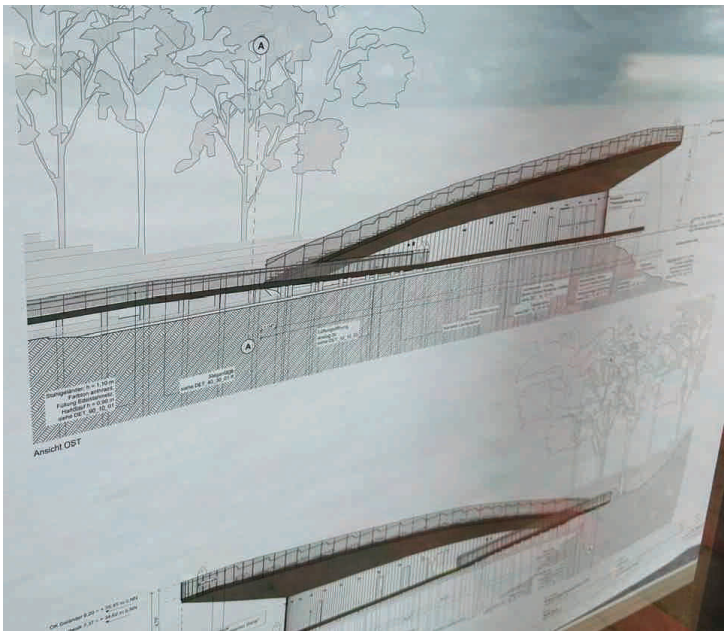




28.06.24: Eröffnung der neuen Seebühne mit meinem Grußwort aufgrund der Förderung durch den Haushaltsausschuss des Bundestags







01.10.23: Besichtigung des Baufortschritts mit Bürgermeister Sven Radestock

Über 5,9 Mio. Euro vom Bund für Sportstätten in Ostholstein







24.06.23: Einweihung des mit 315.000 Euro geförderten Kunstrasenplatzes in Ahrensbök mit Bürgermeister Andreas Zimmermann



26.04.21: Besuch des alten Sportplatzes mit Ehrenamtlichen aus der Gemeinde und vom Sportverein MTV Ahrensbök



11.09.23: Rathausgespräch und Besuch der Ludwig-Jahn-Halle in Bad Schwartau - Juli 2024 folgte die Förderzusage für 1,89 Mio. Euro





18.03.24: 3,7 Mio. Euro-Förderbescheidübergabe von Bundesbauministerin Klara Geywitz an Bürgermeister Jörg Weber für den Ersatzneubau der Sporthalle in Landkirchen, welche ich im Dezember 2022 besucht hatte (Foto oben: Marianne Unger)





14.12.24: Besichtigung des Baufortschritts der Gedenkstätte Ahrensbök mit Vorstand Daniel Hettwich und Ingaburgh Klatt (Fotos: Hakan Özoglan)



08.05.21: 20. „Geburtstag“ der KZ-Gedenkstätte Ahrensbök (Foto: Gedenkstätte Ahrensbök)



29.03.21: Besichtigung der Bauschäden an der Gedenkstätte mit dem Architekten Torsten Ewers, Gudrun Ott und Sandra Redmann





26.08.22: Mit dem zuständigen SPD-Haushälter Martin Gerster bei Bürgermeister Spieckermann zum vom Bund mit mittlerweile 6,2 Mio. Euro geförderten Cap-Arcona-Dokumentationszentrum in Neustadt

Voller Einsatz für unser THW





07.01.25: Begehung des neuen THW-Gebäudes in Eutin mit dem Ortsbeauftragten Niels Happel - der Bund investiert dafür knapp 6 Mio. Euro!





26.08.22: Mit dem SPD-Haushälter und Präsident der THW-Bundesvereinigung Martin Gerster bei der THW-Jugend in Eutin (Fotos: Niels Happel)



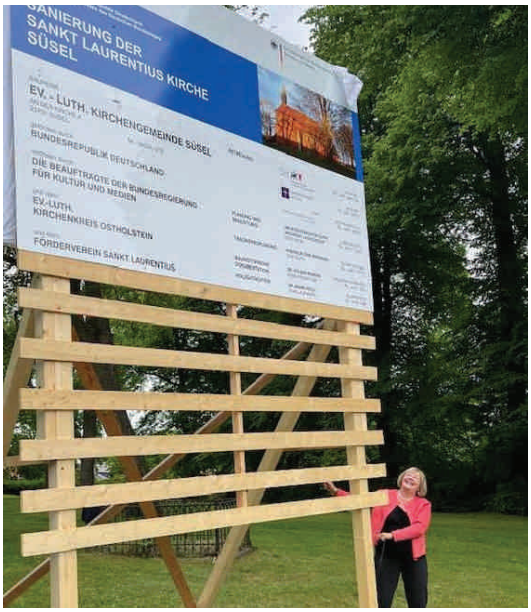
10.10.24: Mit Sören Ollhoff (Landesbeauftragter HH, MV, SH), SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich, Martin Gerster und THW-Präsidentin Sabine Lackner. (Foto: THW-BV)



10.04.21: Übergabe von zwei neuen Einsatzfahrzeugen an das THW-Neustadt aus dem 100-Millionen-Euro-Fahrzeugprogramm für das THW, vom Haushaltsausschuss 2017 beschlossen.

Meine Erfolge für Denkmalschutz und Kultur in Ostholstein





28.08.18: Besichtigung der Feldsteinkirche in Süsel mit Johannes Kahrs und Pastor Hieber sowie Bauforscher Dr. Reimers (Foto: Büro Kahrs)





07.06.22: Offizieller Start der mit knapp 1,1 Mio. Euro vom Bund geförderten Sanierungsarbeiten mit Pastor Hieber (rechts)





11.12.22: Mit Pastorin Anja Haustein und Architekt Torsten Ewers nach einer 2. Förderung des Haushaltsausschusses in Höhe von 270.000 Euro - insgesamt fördert der Bund die Restaurierung mit 470.000 Euro seit 2020





02.12.19: Besichtigung des Amtsgerichts Bad Schwartau mit dem damaligen SPD Chef-Haushälter Johannes Kahrs



Am 06.05.20 beschloss der Haushaltsausschuss 800.000 Euro Förderung für die Sanierung des Amtsgerichts bis Ende 2023





9.9.23: Besichtigung der Eutiner Mühle mit Bürgermeister Sven Radestock und Tourismus-"Chef" Keller, deren Sanierung am 28.09. vom Haushaltsausschuss mit 1,53 Mio. Euro gefördert wurde - schade, dass das Projekt von der Stadt wohl nicht umgesetzt werden kann



Versprochen - Gehalten: 12 Euro Mindestlohn (Foto: spd-newsdesk)



23.02.24: Beschluss des Cannabisgesetzes mit Karl Lauterbach



Mit Nancy Faeser am Rande des Plenums



23.06.23: Abstimmung zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz - ein historischer Durchbruch für unseren Arbeitsmarkt und alle gut integrierten Fachkräfte!



24.06.22: Ein großer Sieg für alle Frauen in Deutschland!

Deutschlands internationale Verantwortung im Baltikum



07.10.2024: Mit dem Haushaltsausschuss und dem parl. Staatssekretär im BMVg Thomas Hitschler bei der Brigade Litauen (Fotos: BMVg)







22.05.24: Besuch der Lielvārde Air Base in Lettland



23.02.23: Besuch des Deutschen Einsatzkontingents (NATO Baltic Air Policing) auf der Ämari Air Base in Estland (Foto: Hoffmann)





15.03.24: Intensiver Austausch zur externen Finanzkontrolle mit einer Delegation ukrainischer Parlamentarier



26.10.22: Gespräch im Rathaus von Lviv/Ukraine mit Bürgermeister Andrij Sadowyj, dessen Hilfsprojekte durch die GIZ unterstützt werden



23.02.23: Gespräch mit der Premierministerin von Estland, Kaja Kallas





08.10.2024: Mein parlamentarisches Frühstück mit dem Präsidenten der Weltbank Ajay Banga





22.11.24: Mit 96,5 % der Stimmen hat mich die SPD-Ostholstein/Nordstormarn nominiert - vielen Dank für Euer Vertrauen! (Fotos: Hakan Özoglan)



07.12.24: Auf der Landeswahlkonferenz konnte ich mir den 4. Listenplatz sichern. Mein besonderer Dank gilt meiner großartigen Delegation aus Ostholstein/Nordstormarn sowie den engagierten Fürsprachen von Christian Hartmann, Kirsten Eickhoff-Weber und Ralf Stegner!





11.01.2025: Große „Materialschlacht“ zum Wahlkampfauftakt in Damlos mit Hakan Özoglan und Michaela Homann-Speck

Meine politischen Frühstücke in Schönwalde und Kasseedorf 2022-2024











21.05.2022: Ehrung meines 40. Partei-Jubiläums mit Ralf Stegner - ebenfalls geehrt wurde unser OV-Vorsitzender Günter Maaß für 50 Jahre



02.11.2022: Ehrung des langjährigen Fraktionsvorsitzenden der SPD-Ahrensbök Burkhard Jürß für 50 Jahre Parteimitgliedschaft



30.01.2023: Bei der SPD-Reinfeld zur Aufstellung für die Kommunalwahl und Ehrung von treuen Mitgliedern für jeweils 40 und 50 Jahre





14.12.2024 Klönschnack mit der SPD-Stockelsdorf (Fotos: Anisa Wichelmann)





20.11.2024: Gedankenaustausch mit der SPD-Eutin zum Bruch der Regierung und dessen Konsequenzen für die Menschen und unser Land.



12.12.2024: Klönschnack in Malente



19.11.24: Diskussionsabend in Damlos mit Michaela Homann-Speck (Foto: Hakan Özoglan)



15.09.23: Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Malente



16.11.24: Frühstück und Mitgliederversammlung der SPD-Scharbeutz



11.03.23: Frauenfrühstück der SPD-Fehmarn



06.10.22: MV in Schönwalde und Wiederwahl meiner Angela als Vorsitz



08.01.25: Neujahrsempfang der SPD-Oldenburg mit „Rotem Sekt und Rollmops“ (Foto: Hakan Özoglan)





04.01.25 & 30.11.24: Neujahrsstand sowie Grünkohlessen und Weihnachtsfeier in Bad Schwartau



07.02.25: Grünkohlessen bei der SPD-Süsel

Erfolgreiche Arbeit im Haushaltsausschuss in Berlin seit 2002





18.01.24, 19.05.22: Mit den SPD-Haushälter nach den Bereinigungssitzung der Bundeshaushalte 2022 und 2024



28.11.22: Traditionelles Kanzlerdinner zum Beschluss des Bundeshaushalts



12.11.24: Jörg Kukies als neuer Finanzminister im Haushaltsausschuss



30.08.23: Mit Kevin Kühnert bei der SPD-Arbeitsgruppe Haushalt





16.05. & 19.09.24: Im BMF mit Peer Steinbrück und den ehemaligen PStS. Barbara Hendricks und Werner Gatzer zu 75 Jahre BMF (Foto o.r.: BMF)











07.09.24: Debatte des Haushaltsausschusses und Bürgergespräche beim „Tag der Ein- und Ausblicke“ zu 75 Jahre Deutscher Bundestag

Betriebsrätekonferenzen der SPD-Bundestagsfraktion





11.11.24 & 24.06.24: Mit Corinna Bentfeldt (PR-Vorsitz Mühlenbergklinik), Heiko Rauter (stellv. BR-Vorsitz Ameos Klinik Eutin), Andrea Koch-Link (PR Mühlenbergklinik) und Holger Jungbluth (PR Bundespolizei See Neustadt/Bad Bramstedt). (Fotos: spd-newsdesk)



08.04.24: 7 Nachwuchs-Betriebs- und Personalräte in Berlin



27.11.23: Philip Pohle, BR-Vorsitzender Schön-Klinik Neustadt



21.11.22: Mit Barbara Holst (PR Kreisverwaltung OH in Eutin) und Ulrich Grill-Kiefer für die Gewerkschaft der Polizei und den DGB Hamburg (Foto: spd-newsdesk)





Über 200 Betriebs- und Personalräte im SPD-Fraktionssaal (Fotos: spd-newsdesk)

SPD-Bundestagsfraktion im Austausch





26.09.22: Sven Schönke (DLRG OH), Nico Buß und Tim Schulenburg (THW-Neustadt) sowie Niels Happel (THW-Eutin) bei der 4. Blaulichtkonferenz



12.06.23: 1. SPD-Tourismuskonferenz mit Malte Riechey, André Rosinski und Florian Riechey.



07.09.23: 2. Kleingärtnerkongress mit Hans-Dieter Schiller, Monika Schlichting, Peter Fiedler und Dirk Klahn



20.10.23 & 28.06.24: Kommunalkonferenzen mit den Bürgermeistern Sven Radestock, Julia Samtleben und Roald Wramp



28.06.24: Kommunalkonferenz mit Gudrun Ott, Ralf Kunde und Bürgermeisterin Verena Jeske



10.10.24: Mit Annika Voigt aus Neustadt während des einwöchigen Jugendmedienworkshops des Bundestags



10.-12.11.2024: Leve Kuczewski aus Oldenburg und Rolf Mützenich beim dreitägigen „Planspiel Zukunftsdialog“

450 Gäste bei meinen beliebten Berlin-Fahrten 2022, 2023 und 2024



28.-30.08.2024



23.-25.08.2023



22.-24.03.2023



29.06.-01.07.2022

(Fotos: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie)



20.–22.10.2022



08.–10.02.2023



29.11.–01.12.2023



16.–18.11.2022

(Fotos: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie)

Im Gespräch bei meinen Berlin-Fahrten 2022, 2023 und 2024





Meine Besuchergruppe auf der Tribüne und ich im Plenum









(Fotos links: Hakan Özoglan, Foto o.r.: studio kohlmeier berlin)

Meine Praktikantinnen und Praktikanten seit 2022



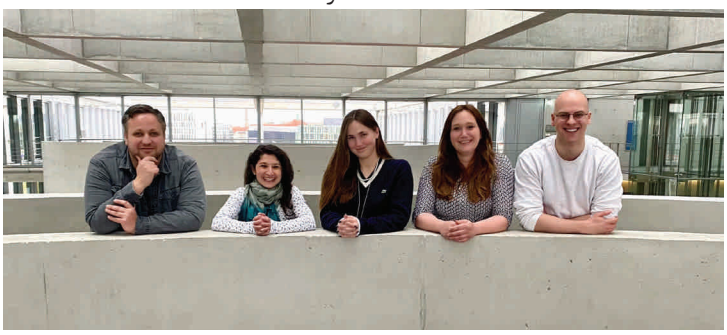
28.05.-14.06.24: Lucy Meier aus Oldenburg



17.10.-09.12.2022: Melina Dreyer von der Kant-Schule Reinfeld



22.-26.05.23: THW-Hospitant Tim Schulenberg aus Neustadt



04.-14.04.23: Anna Kersti Hastreiter aus Malente



8.1.-29.2.24: Anneke Werthen ehemals vom Eutiner Weber-Gymnasium



04.10.-14.10.22: Hendrik Heinemeier aus Sereetz vom Leibniz-Gymnasium



20.06.-01.07.22: Nele Mosebach vom Weber-Gymnasium Eutin



02.05. – 03.06.22: Luis Schwartz aus Eutin



30.05.-09.06.23: Mark Adler aus Lübeck

Direkter Draht zur Jugend – Schulbesuche in Berlin



18.03.2024: Grund- und Gemeinschaftsschule Ahrensbök



08.07.2024: Immanuel-Kant-Schule Reinfeld



25.04.2024: Gemeinschaftsschule Lensahn





01.02.2024: Immanuel-Kant-Gemeinschaftsschule Reinfeld



12.09.2024: Jacob-Lienau-Schule Neustadt



06.11.2023: Johann-Heinrich-Voß-Schule Eutin



01.12.2022: Gerhard-Hilgendorf-Schule Stockelsdorf



05.09.2023: Küstengymnasium Neustadt



07.09.2023: Wagrienschule Oldenburg



26.03.2024: Cesar-Klein-Schule Ratekau



09.01.25: Politisches Speed-Dating mit Schülerinnen und Schülern der Immanuel-Kant-Schule in Reinfeld





28.11.24: Podiumsdiskussion der Bundestagskandidaten für Ostholstein im Küstengymnasium Neustadt (Fotos: Hakan Özoglan)



29.02.24: Aufzeichnen einer Videobotschaft für die Simulation des EU-Parlaments des Weber-Gymnasiums in Eutin



17.09.24: Besuch der FES-Ausstellung gegen Rechtsextremismus und für Demokratie an der Cesar-Klein-Schule Ratekau



12.09.23: Zwei lange Gespräche mit 180 Schüler*innen des Küstengymnasiums Neustadt im neu errichteten Schultrakt



17.08.22: Neuer vom Bund geförderter Raum der OGS in der Schönwalder Friedrich-Hiller-Schule



01.02.23: Mit den „Schule gegen Rassismus-Schule für Courage“-Engagierten der Gerhard-Hilgendorf-Schule Stockelsdorf



20.12.22: Bei den Schülerinnen und Schülern der Wilhelm-Wisser-Schule Eutin



28.06.22: Besuch der Emmi-Bonhoeffer-Schule in Pönitz







In Bad Schwartau mit Christina Grahl vom Pflegestützpunkt Ostholstein und Bürgermeisterin Dr. Katrin Engeln





Im Gespräch mit vielen Bürgerinnen und Bürgern sowie Eutins Bürgermeister Sven Radestock







Mit Gisela Teuchert-Benker und Bürgermeister Mirko Spieckermann am Hafen in Neustadt



Gegen Rechtsextremismus in Eutin und Heiligenhafen 2024



03.02.2024: Mit über 2 500 Menschen auf der Demo gegen Rechtsextremis in Eutin - die bisher größte Demo der Stadt (Fotos: Hakan Özoglan)









08.05.2024: Mein Redebeitrag auf der Kundgebung anlässlich des 79. Jahrestags der Befreiung Deutschlands von den Nazis in Heiligenhafen

Wanderausstellung des Deutschen Bundestags in Bad Schwartau













Über 30 Schulklassen u.a. aus Bad Schwartau, Stockelsdorf, Timmendorfer Strand und sogar vom Kastanienhof aus Oldenburg waren zu Gast





Mein besonderer Dank gilt dem tollen Catering der Abschlussklasse der ESG zur Eröffnung der Ausstellung (links)

Meine Diskussionsveranstaltung zur Demokratie mit 100 Gästen in Bad Schwartau



Auf dem Podium: Journalistin und Autorin Dr. Birgit Wetzel, Referent für politische Bildung Nils Quentel, Journalist Frank Lindscheid und Referentin der FES Yvonne Lehmann



Foto: studio kohlmeier berlin

Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Sandra Redmann
Mitglied des Landtages Schleswig-Holsteins



Foto: Pepe Lange

„Herausforderungen für die Demokratie – was müssen wir in der Politik, in den Medien, in unserer Gesellschaft verbessern?“
Diskussionsveranstaltung am 27. Februar von 19:00 bis 22:00 Uhr
in der Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule in Bad Schwartau





Unterstützung der Energie- und Wärmewende in Ostholstein





12.09.23: Rund 70 Gäste bei meiner Diskussion mit Nina Scheer als Energie- und Klimaexpertin zu Wärmewende und Heizungsgesetz in Ratekau





20.03.23: 70 Gäste bei meiner Veranstaltung mit SPD-Energieexperten Bengt Bergt zu Chancen der Energiewende für den Norden auf Fehmarn



02.11.22 Besuch der Klimafarm in Erfde mit Sandra Redmann und Delara Burkhardt - der Bund unterstützt das Leuchtturmprojekt mit 12 Mio. Euro



03.05.22: Einweihung des Windparks in Farve mit Karl Detlef und Ehefrau Ann-Kathrin nach meiner langen Begleitung des Projekts



16.09.23: Einweihung des repowerten Windparks in Kesdorf/Gemeinde Süsel - 2000 baute mein Sohn den alten Windpark

Meine traditionellen Rathausgespräche mit den Kommunen in Ostholstein



14.02.2024: Auf Fehmarn mit Bürgermeister Jörg Weber und den Kommunalpolitikern aller Fraktionen



28.02.2024: Mit Bürgermeister Mirko Spieckermann und Kommunalpolitikern aller Fraktionen in Neustadt



05.02.2024: In Lensahn mit Bürgermeister Michael Robien und allen Bürgermeistern der Gemeinden



09.03.2023: In Stockelsdorf mit Bürgermeisterin Julia Samtleben und Team





11.09.2023: In Bad Schwartau mit Bürgermeisterin Dr. Katrin Engeln und Fraktionsvertretern



02.10.2023: Mit Bürgermeister Sven Radestock und allen Fraktionen in Eutin

Neujahrsempfänge der Ostholsteiner Kommunen





05.01.25: In Neustadt mit Bürgermeister Mirko Spieckermann und Margit Giszas sowie Ehrung unserer Beatrix Spiegel für ihr Engagement



05.01.25: Mit Bgm. Roald Wramp und Stefan Weber in Reinfeld



15.01.23: Haffkrug mit Jürgen Brede, Joerg Schimeck, Sandra Redmann



22.01.23 In Süsel mit Dirk Maas, Niclas Dürbrook und Udo Gosch



15.01.24: In Eutin befragt zu Neujahrswünschen- und hoffnungen



07.01.24: In Neustadt mit den Bürgermeistern Spieckermann, Schäfer und Gosch sowie dem Stadtverordneten Norbert Kahl

Einsatz für den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals





08.08.22: Mit meinen SPD-Haushaltskollegen Metin Hakverdi, Matthias Stein und Dorothee Martin im Gespräch mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung nachdem der Regierungsentwurf für den Haushalt 2023 massive Kürzungen bei den Baumaßnahmen an Bundeswasserstraßen vorsah



Wissing will am Kanal sparen

SPD-Abgeordnete schlagen Alarm: Bundesverkehrsminister plant, 2023 die Mittel für Baumaßnahmen zu kürzen

Der Nord-Ostsee-Kanal ist nur eingeschränkt befahrbar. Unter anderem wurde ein Tempolimit verhängt, weil Böschungsabschnitte unterspült sind und abrutschen könnten. Dennoch will Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) im nächsten Jahr weniger Geld für Baumaßnahmen zur Verfügung stellen. FOTO ULF DAHL

VON CHRISTIAN HIERSEMENZEL

KIEL Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) will für die Bundeswasserstraßen im kommenden Jahr erheblich weniger Geld ausgeben. Nach Angaben der Ostholsteiner SPD-Bundestagsabgeordneten und Vize-Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Bettina Hagedorn, sollen die Mittel für Ersatz-, Aus- und Neubaumaßnahmen um etwa ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr gekürzt werden. Die Politikerin beruft sich auf einen bereits vom Kabinett beschlossenen Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2023. Betroffen wäre unter anderem der Nord-Ostsee-Kanal (NOK). Gestern schlug Hagedorn an der Seite von SPD-Kollegen Alarm.

„Es ist ganz klar, dass von einem solchen Kahlschlag auch die elementar wichtigen Investitionen für den Ausbau und die Grundinstandsetzung des Nord-Ostsee-Kanals massiv betroffen sein werden", stellte Hagedorn fest. „Damit sind weitere Verzögerungen und Kostenexplosionen an dieser wichtigsten künstlichen Wasserstraße der Welt programmiert."

Nach Hagedorns Angaben gab der Bund 2021 noch knapp 656 Millionen Euro für den Erhalt der Wasserstraßeninfrastruktur aus, im laufenden Jahr sind es 909 Millionen Euro. Für den Haushalt 2023 sehe Bundesverkehrsminister Wissing dagegen nur noch 594 Millionen vor. „Die Aufgabe, diese für die Logistikketten in Nordeuropa so wichtige Wasserstraße konsequent durch intakte Schleusenanlage und konsequenten Baufortschritt bei allen Investitionsvorhaben zwischen Brunsbüttel und Kiel-Holtenau in gutem Zustand zu halten, ist von höchstem öffentlichen Interesse." Die SPD ist im Bund in Regierungsverantwortung, allerdings liegen das Finanz- und Verkehrsressort jeweils bei den Koalitionspartnern von der FDP.

Schleswig-Holsteins Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (parteilos) äußerte auf Anfrage eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft im Auftrag der Initiative Kiel-Canal. „Vor dem Hintergrund allein des volkswirtschaftlichen Nutzens des Kanals in Höhe von jährlich 570 Millionen Euro ist eine weitere Verzögerung der Baumaßnahmen am NOK für das Land nicht hinnehmbar", sagte er. Insofern teile er die Sorgen. „Es wäre aber schöner, wenn die SPD-Abgeordneten ihren direkten Draht zur SPD-geführten Bundesregierung nutzen würden, um konkret etwas zu bewegen. Das gilt unter anderem auch für die Personalnot der zuständigen Behörden." So habe die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) von 1994 bis 2014 pro Jahr jeweils etwa ein Prozent ihres Personals abbauen müssen, Madsen: „Das heißt: Es steht insgesamt rund ein Drittel weniger Personal zur Verfügung."

Derzeit ist der NOK nur eingeschränkt befahrbar, es gelten eine Geschwindigkeitsbegrenzung und ein Überholverbot. Bei Kontrolluntersuchungen waren gravierende Schäden an der Kanalböschung festgestellt worden. Durch Unterspülungen könnten Böschungsabschnitte ins Rutschen kommen und Betriebswege absacken. Der Kieler SPD-Bundestagsabgeordnete Mathias Stein ist Berichterstatter für Wasserstraßen und Binnenschifffahrt. Die Liste der Mängel und Bauverzögerungen am NOK sei lang, sagte er. „Es muss alles dafür getan werden, dass ausreichend Personal und finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, damit diese Liste nicht noch länger wird, sondern zügig abgearbeitet werden kann."

Laut einem internen WSV-Papier, das unserer Zeitung vorliegt, soll der Ausbau der Oststrecke am NOK 2023 ebenso auf ein Minimum reduziert werden wie der Neubau der kleinen Schleusen in Kiel. Zurückgestellt beziehungsweise gar nicht ausgeschrieben werden Baumaßnahmen am Elbe-Lübeck-Kanal.

Derzeit lägen aktuelle Ausschreibungsergebnisse um 50 bis 100 Prozent über dem Vorjahresniveau, heißt es außerdem im WSV-Papier. Vorhandene Verträge müssten bei entsprechenden Klauseln angepasst werden. „Je nach Preisentwicklung können weitere Projekte (auch sicherheitsrelevante) nicht im erforderlichen Umfang weiterlaufen."

> Die so wichtige Wasserstraße in gutem Zustand zu halten, ist von höchstem öffentlichen Interesse.
> Bettina Hagedorn, SPD-Bundestagsabgeordnete



Im November 2022 konnten wir im Haushaltsausschuss die ursprüngliche Kürzung in Höhe von 315 Mio. Euro um 250 Mio. Euro reduzieren





Damit konnten wir Verzögerungen am Bau der Kieler Schleusen und der Oststrecke verhindern - ein wichtiger Erfolg für Schleswig-Holstein und unser Klima, denn durch das umweltfreundliche Passieren des NOK werden enorme Treibstoffmengen gespart.

Insgesamt 1.600€-Lebensmittelspenden für 8 Tafeln in Ostholstein und Reinfeld



19.12.22: In Ahrensbök mit Vorsitzendem Johann Rademacher und Mitgliedern des SPD-Ortsvereins



19.12.22: Mit den Tafel-Vorständen Monika Gertenbach und Jochen Detlefs in Eutin



22.12.22: Bei der Vorsitzenden Monika Knöpfle in Heiligenhafen mit Gabriele Freitag-Ehler



21.12.2022: Mit meinen SPD-Ortsvereinen Neustadt, Grömitz und Schönwalde in Neustadt



09.01.23: Mit Sandra Redmann und dem SPD-Ortsverein bei den Engagierten der Tafel in Bad Schwartau



09.01.23: SPD-Lebensmittelspende für die Reinfelder Tafel

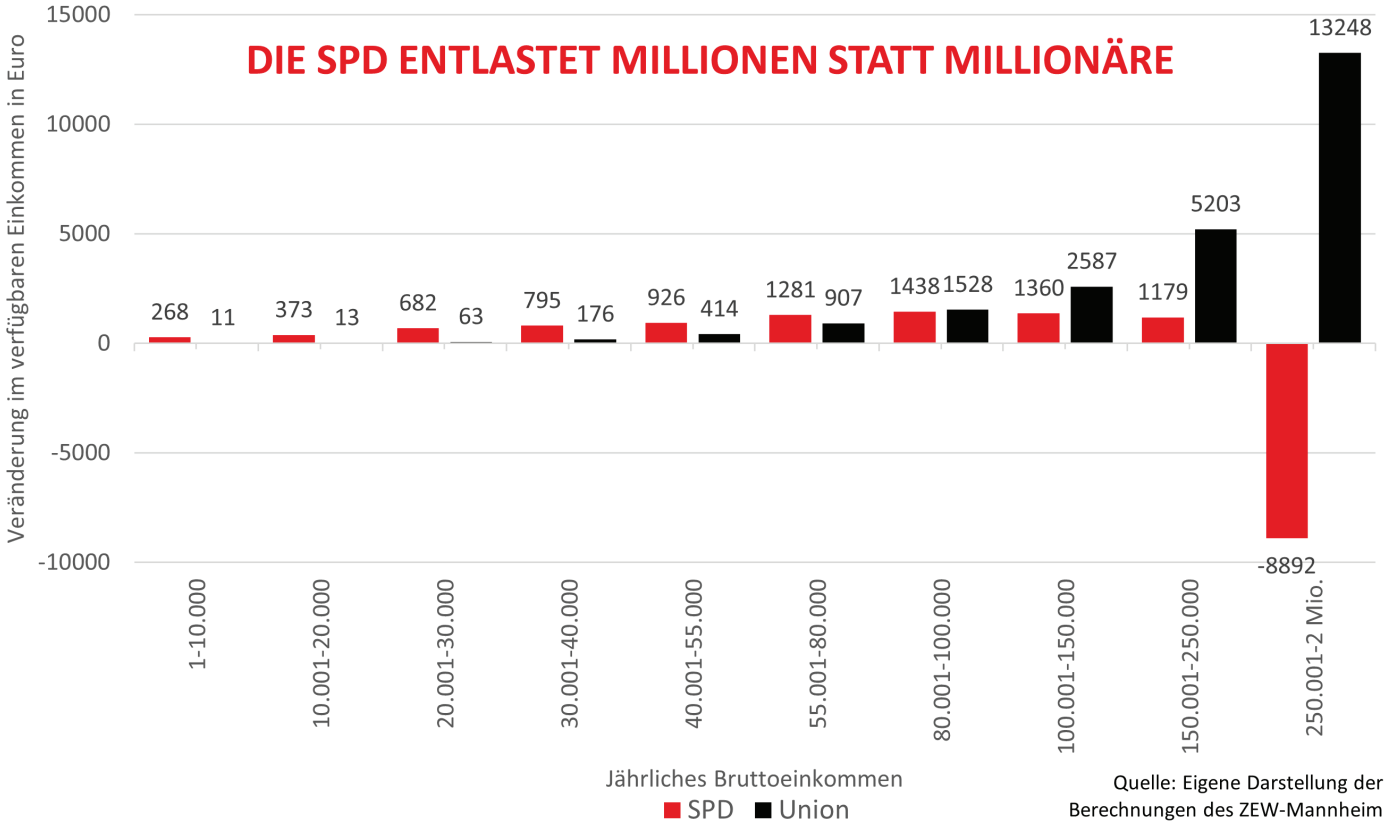


10.01.23: Besuch der „Tafel-Chefin“ auf Fehmarn Angelika Fleth



10.01.23: SPD-Ortsverein übergibt zusätzlich zu meiner Spende eine 500 Euro-Spende an die Tafel Oldenburg

WAS UNS VON DER UNION UNTERSCHEIDET



Die Studie des ZEW Mannheim vom 17.01.2025 bestätigt: Das Wahlprogramm der SPD entlastet die breite Mittelschicht und geringe Einkommen - im Gegensatz zur Union die zugunsten der absoluten Spitzenverdiener eine Lücke von über 100 Mrd. Euro in den Haushalt reißen würde!

Für **2025 und 2026 werden die Grund- und Kinderfreibeträge deutlich erhöht**. Der steuerliche Grundfreibetrag – also das Einkommen, bis zu dem keine Einkommensteuer gezahlt werden muss – steigt 2025 auf 12.096 Euro und 2026 auf 12.348 Euro. Dieser Betrag bleibt steuerfrei, weil er das Existenzminimum einer erwachsenen Person sichert. Gleichzeitig wird auch der steuerliche Kinderfreibetrag angehoben – auf 9.600 Euro im Jahr 2025 und auf 9.756 Euro im Jahr 2026. 2025 und 2026 steigen auch die Freigrenzen beim Solidaritätszuschlag und der Einkommensteuertarif wird – mit Ausnahme des sogenannten „Reichensteuersatzes“ – erneut an die Inflation angepasst. Löhne und Gehälter werden nicht höher besteuert, wenn ihr Anstieg lediglich die höheren Preise ausgleicht.

Kinder, Jugendliche und Familien erhalten konkrete Leistungsverbesserungen. Das Kindergeld steigt im kommenden Jahr um fünf Euro auf 255 Euro monatlich, 2026 dann um weitere 4 Euro auf 259 Euro. Für Familien, die von Armut betroffen sind oder ein geringes Einkommen haben, erhöht sich der Sofortzuschlag ab 2025 um fünf Euro auf 25 Euro im Monat. Im Jahr 2025 profitiert eine Familie mit zwei Kindern (Alleinverdiener) und einem Bruttomonatslohn von 30.000 Euro mit 120 Euro, einem Bruttomonatslohn von 60.000 Euro mit 306 Euro und einem Bruttomonatslohn von 90.000 Euro mit 378 Euro.

Wir wollen 95 Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entlasten, damit das Leben für sie wieder bezahlbarer wird. Um das zu finanzieren, werden wir das obere ein Prozent mehr in die Pflicht nehmen.

Konkret: Ab 2025 steuerlich mehr Netto vom Brutto für 95 Prozent der Beschäftigten.

06.03.2025

TROTZ WAHLNIEDERLAGE: VERANTWORTUNG FÜR DEUTSCHLAND!

Liebe Mitbürgerinnen und liebe Mitbürger,

diesen vorliegenden „Rückblick“ auf meine letzten Jahre im politischen Berlin bzw. meinen „Rechenschaftsbericht“ – wie ich ihn seit zwei Jahrzehnten kontinuierlich veröffentliche – habe ich am 10. Februar nach wochenlanger Arbeit fertig gestellt, nachdem mein Schreiben daran logischerweise immer wieder durch den unerwarteten und vorgezogenen Bundestagswahlwahlkampf mit allen organisatorischen und terminlichen Herausforderungen unterbrochen wurde. Am 10. Februar war er dann endlich fertig, aber es war dann zu spät, um ihn – wie geplant – noch VOR der Wahl drucken und an die Bürgerinnen und Bürger verteilen zu können. Dennoch habe ich mich entschieden, ihn jetzt NACH der Bundestagswahl unverändert in den Druck zu geben, da es sich um ein authentisches Dokument aus dem Bundestagswahlkampf 2025 handelt. Ich werde darum nur diese letzten acht Seiten aktuell mit einer Bewertung des Wahlausgangs, einem Rückblick auf meinen Wahlkampf in Ostholstein und Nordstormarn und die aktuellen historischen Entscheidungen der Sondierungsteams von SPD und CDU/CSU in Berlin ergänzen.

Historisch enttäuschendes Ergebnis für die SPD am 23. Februar 2025!

Es ist erst 10 Tage her, dass am 23. Februar 2025 ein kurzer, polarisierender Wahlkampf zu Ende gegangen ist, der für uns Sozialdemokraten mit einem katastrophalen Ergebnis von nur 16,4 Prozent bundesweit und 18,7 Prozent landesweit endete – die Enttäuschung der SPD-Ostholstein im Eutiner Riemann-Haus am Wahlabend war groß. Unser Gesamtergebnis kann und darf man nicht schönreden, denn es ist unser historisch schlechtestes Ergebnis, aber dennoch gilt für uns: wir gewinnen gemeinsam – und wir verlieren gemeinsam – in Solidarität und mit Anstand.

Klar, dass wir dem CDU-Wahlsieger Sebastian Schmidt zum Direktmandat in diesem Wahlkreis gratuliert haben. Als schwacher Trost konnten wir am Ende des langen Wahlabends feststellen, dass ich nicht nur mit SPD-Listenplatz Nr. 4 (von fünf) in den 21. Deutschen Bundestag eingezogen bin, sondern dass wir in Ostholstein und Nordstormarn mit 25,4 Prozent das zweitbeste SPD-Erststimmenergebnis (nach Lübeck) in Schleswig-Holstein geholt haben und auch mit unserem Zweitstimmenergebnis von 19,7 Prozent deutlich über dem Bundes- und Landesschnitt liegen – darauf können wir gemeinsam trotz allem stolz sein. Uns hat es aber die Sprache verschlagen, dass sich die AfD auch in Schleswig-Holstein von 6,5 Prozent im September 2021 um 10 Prozentpunkte (!) auf insgesamt 16,4 Prozent deutlich mehr als verdoppeln konnte, während sie bei der Landtagswahl 2022 noch im Kieler Landtag an der 5-Prozent-Hürde gescheitert war. In Ostholstein/



23.02.2025: SPD-Wahlabend im Riemann-Haus in Eutin (Foto: Hakan Özoglan)



(Foto: Hakan Özoglan)

Nordstormarn landete die AfD sogar bei 17,7 Prozent und im ländlichen Raum in den Dörfern (wie auch in meiner Heimat Kasseedorf!) hat fast jeder vierte Wähler (ja – deutlich mehr Männer als Frauen!) der AfD beide Stimmen gegeben. Der gewählte AfD-Kandidat Volker Schnurrbusch aus Ostholstein wird jetzt aber gar nicht in den Bundestag einziehen, weil er es stattdessen vorzieht, ab April im EU-Parlament in Brüssel Politik zu machen. Wie stellen sich die vielen AfD-Wähler aus Ostholstein und Nordstormarn denn jetzt eigentlich vor, dass ihre Interessen in Berlin vertreten werden?

Es war mein 7. Bundestagswahlkampf seit 2002, mein erster Winterwahlkampf und einer, der mich enorm gefordert und an meine Grenzen gebracht hat – ohne die unfassbar große Unterstützung meiner hoch motivierten SPD-Ortsvereine von Fehmarn bis Reinfeld und ohne mein „Büro- und Organisationsteam“ hätte ich das nie „gewuppt“ – darum gilt mein riesengroßer Dank all meinen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern!

Nah bei den Menschen - ab 2. Januar 106 Termine in meinem Wahlkreis

Kleine Wahlkampf-Statistik: in den gut sieben Wochen vom 2. Januar bis 22. Februar habe ich 106 (!) Termine in meinem Wahlkreis bestritten, obwohl ich sieben Tage vom 27. bis 31. Januar und am 10./11. Februar zu Bundestagssitzungen in Berlin sein musste. Darunter waren allein 10 Neujahrsempfänge in Neustadt, Reinfeld, Scharbeutz, Bad Schwartau, Stockelsdorf, Süsel, Kasseedorf und Riepsdorf sowie bei der SPD-Oldenburg und bei der SPD Timmendorfer Strand. Aber ich stellte auch eigene Veranstaltungen „auf die Beine“ wie beim THW Eutin am 7. Januar, mit SPD-Bundesbauministerin Klara Geywitz zur Städtebauförderung und zum sozialen Wohnungsbau am 14. Januar in Neustadt, mit dem Staatssekretär für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Niels Annen zur „Friedenssicherung in stürmischer Zeit – Deutschlands Verantwortung in der Welt!“ am 20. Januar in Oldenburg (das Thema hätte aktueller nicht sein können und über 60 Gäste erlebten einen informativen und nachdenklichen Abend) oder am 1. Februar die Kino-Vorführung „First Line“ zur (erfolgreichen!) Integrationsgeschichte eines jungen Syrers, der vor dem Assad-Regime fliehen musste – mehrere Syrer und Afghanen waren meine Gäste und bereicherten mit ihrer Lebens- und Integrationsgeschichte unsere folgende Diskussionsrunde im Movie Star in Bad Schwartau mit unserer SPD-Landesvorsitzenden Serpil Midyatli. Bei den Demos für Demokratie und Toleranz und gegen „Rechts“ in Eutin und

Heiligenhafen am 15. Februar war ich ebenso dabei wie fünf Tage später in Bad Schwartau. Sieben Podiumsdiskussionen mit den Kandidaten (die selten immer alle dabei waren!) standen am 9. Januar an der Immanuel-Kant-Schule in Reinfeld, am 23. Januar am Leibnitz-Gymnasium in Bad Schwartau, am 18. Februar an der Europaschule Timmendorfer Strand, am 3. Februar beim Bauern- und Unternehmensverband in Oldenburgs Schützenhof, am 9. Februar beim Hofprojekt Arfrade (Stockelsdorf), am 13. Februar beim „Runden Tisch“ in Reinfeld und am 18. Februar beim Sozialverband Deutschlands (SoVD) in Neustadt auf meinem Programm.



06.02.2025: Mit Laurence Gorodiski aus Warnsdorf, der mich erneut ehrenamtlich im Wahlkampf unterstützt hat

Die Ortsvereine hatten mich zu unzähligen öffentlichen Terminen als Gast eingeladen: ich habe selten in der Winterzeit so viel Grünkohl gegessen wie in diesem Winter – auch natürlich bei der Bundeswehr in Eutin. Selbstverständlich war ich auch als Gast zum AWO-Frühstück auf Fehmarn, zum Frühstück mit Klönschnack in Kasseedorf oder beim Seniorenbeirat in Stockelsdorf, beim 30. Jubiläum des Seniorenbeirates in Bad Malente, beim Seniorenkaffee in Sereetz und Schönwalde und beim Kaffee-Klönschnack in Reinfeld – DAS waren dann immer meine ersehnten „Aufwärmphasen“ nach den vielen Frischluft-Aktionen in der Kälte.

Aber im Mittelpunkt standen in diesem Wahlkampf erneut die direkten Gespräche mit den Menschen: jeweils 3 Stunden konnten mich die Bürgerinnen und Bürger 17 Mal (!) in fellgefütterten Stiefeln und Daunenjacke auf den SPD-Wochenmarktständen ab 4. Januar in Bad Schwartau, in Eutin, in Reinfeld, in Neustadt und in Burg auf Fehmarn, sowie in Timmendorfer Strand und Süsel antreffen. Bis zum letzten Tag vor der Wahl waren die Menschen freundlich und offen uns gegenüber, wollten sich informieren und diskutieren, waren verunsichert mit Blick auf die Zukunft angesichts der großen Krisen weltweit und äußerten in großer Zahl bis zum Schluss, dass sie zwar ganz sicher wählen gehen würden, aber nicht klar wüssten: WEN eigentlich? Aber WIR waren präsent und ansprechbar, als viele Menschen ein großes Bedürfnis hatten, mit uns ins Gespräch zu kommen.



Außer auf den Wochenmärkten war ich täglich mit meinem Wahlkampfbus 2 Stunden mit meinen gefüllten „roten Stoffbeuteln“ auf den Parkplätzen der großen Discounter unterwegs – insgesamt an 35 Orten! Dabei – und bei den Tür-zu-Tür-Aktionen - habe ich 5.070 rote Stoffbeutel mit Blöcken, Kulis und Flyern persönlich verteilt. Und ALLE diese Beutel wurden täglich von Freiwilligen im Eutiner Büro liebevoll gepackt – welch ein Engagement! DANKE! Ich war an den meisten Tagen 6 -8 Wochen täglich „an der frischen Luft“, was bei der Kälte durchaus eine Herausforderung war. Aber dass ich überhaupt getreu meinem Motto seit 2002 „Stark im Handeln – nah bei den Menschen!“ sieben Wochen lang jeden Tag zwischen



22.02.2025: Wahlkampfendspurt in Bad Schwartau mit MdL Sandra Redmann und meinem engagierten Wahlkampfunterstützer aus Ahrensbök Fabian Manske

Fehmarn und Reinfeld unterwegs sein konnte, war nur mit der tatkräftigen, ehrenamtlichen Unterstützung meiner Ortsvereine möglich. Unzählige Gespräche vor Ort haben aus meiner Sicht das SPD-Wahlergebnis für Ostholstein/ Nordstormarn durchaus noch „auf den letzten Metern“ verbessert und dazu geführt, dass wir – nach Lübeck – als SPD hier landesweit am besten abgeschnitten haben. Mit 83,3 Prozent lag die Wahlbeteiligung mit über 5 Prozentpunkten deutlich über 2021 – das ist ein sehr gutes Zeichen für unsere Demokratie!

Wir können – trotz des enttäuschenden Ergebnisses für die SPD - stolz darauf sein, was wir als Sozialdemokraten in dieser Region in den letzten 3 Monaten geleistet haben. Und das Beste war – es hat auch richtig Spaß gemacht, weil wir alle wussten, dass wir für die richtigen gemeinsamen Ziele und Werte kämpfen. Viele Menschen machen sich Sorgen über ihre wirtschaftliche Zukunft, die globale Lage mit Kriegen und eskalierenden Konflikten, die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels und das Erstarken von Rechtsextremismus und Populismus. Auch wenn sich das leider im Wahlergebnis nicht widergespiegelt, so sind wir sicher, die richtigen Antworten für diese Herausforderungen zu haben und umsetzen zu wollen.

Ich freue mich riesig, erneut unseren Wahlkreis im Bundestag vertreten zu dürfen, weil meine SPD mich auf den Listenplatz 4 der Landesliste gewählt hatte. Von bisher acht SPD-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein sind wir jetzt leider nur noch fünf. Und anstatt einer SPD-Bundestagsfraktion mit 207 Abgeordneten 2021 sind wir jetzt auf 120 Abgeordnete geschrumpft. Es war ein bitterer Moment, als wir uns in Berlin bei der Konstituierung der neuen Fraktion am 25. Februar von 100 ehemaligen Kolleginnen und Kollegen verabschieden mussten – deren Engagement und Kompetenz werden künftig fehlen. Der Grund dafür ist allerdings nicht nur das schlechte Abschneiden der SPD, sondern auch die Verkleinerung des Bundestages von 736 Abgeordneten auf jetzt 630 – ein Erfolg der Ampel-Regierung, die zu Einsparungen von ca. 125 Mio. Euro pro Jahr (!) für den Steuerzahler führen wird. Bemerkenswert, dass Friedrich Merz diese erfolgreiche Reform zur Verkleinerung des Parlamentes, die in 8 Jahren GroKo immer am Widerstand der CSU gescheitert war, JETZT mit höchster Priorität (sein Zitat nach der Wahl!) zurückdrehen will. Als wenn es nicht größere Sorgen und Herausforderungen für eine künftige Regierung gäbe ...



05.02.2025: Klönschnack mit der SPD-Oldenburg

Mein Statement zu Friedrich Merz als möglichen Bundeskanzler in der FAS

Am Mittwoch den 26.02.2025 stellte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung allen 120 neu gewählten SPD-Abgeordneten der 21. Legislaturperiode zwei Fragen zur Wählbarkeit von Friedrich Merz als Bundeskanzler:

1. Frage: "Haben Sie, Stand jetzt, grundsätzliche Zweifel an der Eignung von Friedrich Merz für das Amt des Bundeskanzlers und an seiner Vertrauenswürdigkeit?"

Meine Antwort: **Ja, aber jeder verdient eine 2. Chance. Die muss er allerdings nutzen.**

2. Frage: "Wenn Friedrich Merz diese Bedenken nicht ausräumt, werden Sie ihm dann Ihre Stimme verweigern?"

Meine Antwort: **"Wenn Friedrich Merz jetzt nicht ernsthaft auf die SPD zugeht und in fairen Verhandlungen inhaltliche Kompromisse sucht, dann würde ihm eine entscheidende Kanzler-Qualität in diesen herausfordernden Zeiten fehlen. Dann könnte er meine Stimme nicht erhalten."**

Der am 3. März veröffentlichte Artikel zu dieser Umfrage zeigte, dass ich mit dieser Position nicht allein bin. Grundsätzlich würden - Stand 26. Februar - vier SPD-Abgeordnete nicht für Friedrich Merz als Kanzler stimmen und vier weitere haben - wie ich - deutliche Vorbehalte.

Zitate aus der FAS vom 03.03.2025:

"Die Abgeordnete Bettina Hagedorn sagt, wenn Merz jetzt nicht ernsthaft auf die SPD zugehe und in fairen -Verhandlungen inhaltliche Kompromisse suche, dann fehle ihm „eine entscheidende Kanzlerqualität", und dann könne er „meine Stimme nicht erhalten".

" In der SPD denken sie noch oft an den 29. Januar, als die Union mit der AfD für einen Antrag in der Migrationspolitik stimmte. Ein Sündenfall für viele in der SPD und ein gebrochenes Versprechen. Merz hatte im November im Bundestag versichert, er wolle kein „einziges Mal eine zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit mit denen da von der AfD". Für Ralf Stegner hat Merz damit seine Eignung als Bundeskanzler „massiv infrage gestellt", er habe sein Wort und das Tabu gebrochen, niemals „mit Rechtsextremisten gemeinsame Sache zu machen". Zwei Tage später brachte die Union das Zustrombegrenzungsgesetz ein, wieder stimmte die AfD dafür, es scheiterte aber, weil einzelne Abgeordnete von CDU und FDP nicht zustimmen wollten."



derts. Davor war die Zweckehe üblich. Geheiratet wurde, wem vertraut werden konnte, seine Versprechen zu erfüllen. Und weil Vertrauen ein zartes Gut war, wurden Verträge aufgesetzt, die genau regelten, wer worauf Anspruch hatte. In der Zweckehe musste die Braut also nicht blind vertrauen. Sie tauschte die Liebe gegen die Aussicht auf ein besseres Leben.

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion lieben Friedrich Merz nicht. Zumindest konnten wir niemanden finden, der so fühlt. Wir haben alle der 120 SPD-Abgeordneten im neuen Bundestag kontaktiert und zwei Fragen gestellt. Erstens: ob sie, Stand jetzt, grundsätzliche Zweifel an der Eignung von Merz für das Kanzleramt haben. Und zweitens: ob sie, wenn Merz diese Bedenken nicht ausräumt, ihm tatsächlich die Stimme verweigern werden.

Viele waren plötzlich sehr beschäftigt. Abgeordnete, die noch Minister sind, konnten partout nicht die Zeit für eine Antwort finden. Andere waren plötzlich erkrankt. Wieder andere versuchten die Kunst, zu antworten, ohne eine tatsächliche Antwort zu geben. Vier Abgeordnete aber bestätigten der F.A.S., dass sie, Stand jetzt, nicht für Merz stimmen würden. Und dass sie es auch nach den Koalitionsverhandlungen nicht tun werden, wenn sich das Verhältnis nicht bessert: Jan Dieren, Annika Klose, Angelika Glöckner und Rasha Nasr. Vier weitere Abgeordnete äußerten grundsätzliche Bedenken gegen Merz als Kanzler: Bettina Hagedorn, Sebastian Roloff, Daniela Rump, Ralf Stegner.

Das sind zusammen acht. Der SPD-Abgeordnete Sebastian Roloff kennt weitere: „Ich weiß von deutlich mehr als drei Händen voll – womit die Mehrheit ja schon wackeln würde –, die sich mit einer schwarz-roten Koalition sehr schwertun." Drei Hände sind 15. Schon bei der Wahl von Lars Klingbeil zum SPD-Fraktionschef am Mittwoch gab es 13 Neinstimmen, drei Enthaltungen und zwei Abgeordnete, die ihre Stimmzettel ungültig gemacht hatten. Die SPD-Fraktion hat also 18 Mitglieder, die nicht ein-

Die Angst, an den Falschen zu geraten

Anfrage wurde am Tag nach der Wahl bekannt. Das war der Tag, von dem Merz gesagt hatte, wenn er komme, dann „sollten wir in der breiten politischen Mitte unseres Parlaments in der Lage sein, die Probleme unseres Landes zu lösen". Und zwar so, dass „der Populismus in unserem Lande ... nicht noch stärker wird".

Für linke SPD-Abgeordnete war die Kleine Anfrage wie „ein Riesenschlag vor den Kopf", sagt Klose. Eine „Unverschämtheit", sagt Rasha Nasr. „Und uns wird immer vorgeworfen, wir machten Identitätspolitik und Kulturkämpfe", sagt Nasr, „im Gegenteil!"

Statt auf die SPD zuzugehen, traf Merz grundlegende Entscheidungen ohne sie, etwa bei der Schuldenbremse. Im Wahlprogramm wollte die Union noch an der Schuldenbremse festhalten. Im Wahlkampf hatte Merz dann gesagt, über eine Reform der Schuldenbremse könne man „diskutieren". Am Montag nach der Wahl zeigte er sich offen, ein Sondervermögen für die Bundeswehr mit dem alten Bundestag zu beschließen: „Wir haben jetzt noch vier Wochen Zeit, darüber nachzudenken." Am Dienstag machte er eine Kehrtwende: „Es ist in der nahe liegenden Zukunft ausgeschlossen, dass wir die Schuldenbremse reformieren." Auch ein Sondervermögen sehe er „im Augenblick als schwierig an". Das klang für SPD-Politiker, als würde Merz denken, er könne für sie mitentscheiden, was die Koalition tut oder nicht tut.

Als die SPD-Fraktion am Mittwoch tagte, erklärten die Parteivorsitzenden Lars Klingbeil und Saskia Esken den Abgeordneten, sie hätten jeweils aus der Presse von Merz' jüngsten Positionen erfahren. „So geht man nicht miteinander um", sagt Klose. Dieren ist irritiert, wieso über ein Sondervermögen für die Bundeswehr von der Union überhaupt diskutiert wurde: „In der Union müssen alle wissen, dass ein öffentlicher Vorschlag, nur in Verteidigung zu investieren, weite Teile der SPD düpiert. Also muss man sich doch fragen: War das nur wenig klug oder sogar Absicht?"

Oder die Sache vor zwei Wochen, als Merz einen Brief an Bundeskanzler Scholz schickte. Er bat ihn, zwölf Maßnahmen für mehr Wirtschaftswachstum

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 03.03.2025 abrufbar unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/bundestagswahl-welche-spd-abgeordneten-merz-nicht-zum-kanzler-waehlen-wollen-110327229.html

MILLIARDEN FÜR INFRASTRUKTUR IN BUND,LÄNDERN UND KOMMUNEN SOWIE FÜR DIE BUNDESWEHR

Die künftige Regierung wird vor ebenso großen Herausforderungen stehen wie die alte: Wie stärken wir unsere Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität und investieren in unsere Sicherheit sowie Infrastruktur, ohne den sozialen Zusammenhalt zu gefährden? Die Union hat sich Wahlkampf immer „weggeduckt“, wenn es um genau diese Fragen ging. Es gab keine verlässliche Antwort darauf, wie man gleichzeitig 100 Mrd. Euro-Steuergeschenke für Spitzenverdiener und Vermögende und Verteidigungsausgaben in Höhe von mindestens (!) 30 Mrd. Euro zusätzlich pro Jahr ab 2028 gleichzeitig finanzieren will – die Grundrechenarten hätten jedem 4.-Klässler gezeigt: DAS kann überhaupt nicht funktionieren. Trotzdem haben die CDU/CSU mit Friedrich Merz die „Schuldenbremse“ im Grundgesetz (gemeinsam mit der FDP und Lindner) immer wieder bis zum Wahltag für „sakrosankt“ erklärt. DAS war Wählertäuschung!

Am 4. März abends überschlugen sich dann die Nachrichtensprecher und Kommentatoren, als die Parteispitzen von SPD und CDU/CSU vor die Presse traten und der staunenden Öffentlichkeit bekannt gaben, dass man sich in den Sondierungsgesprächen (also noch bevor die eigentlichen Koalitionsverhandlungen überhaupt begonnen haben!) auf die Änderung des Grundgesetzes zur Schuldenbremse im Umfang von mindestens 900 Mrd. Euro zu Gunsten der Bundeswehr, der Absicherung gegen die hybriden Angriffe auf die Sicherheit Europas und Deutschlands einerseits und auf ein Sondervermögen von 500 Mrd. Euro für die kommenden 10 Jahre für die Finanzierung von Infrastruktur in Bund, Ländern und Kommunen – zu beschließen von Bundestag und Bundesrat mit 2/3-Mehrheit noch VOR der Konstituierung des neuen Parlamentes - geeinigt habe. Schon am 10. März beginnen dazu die parlamentarischen Beratungen in Berlin und am 18. März sollen die Gesetzespakete bereits in 2./3. Lesung im Bundestag – nach umfangreichen Sachverständigen-Anhörungen und Debatten im Haushaltsausschuss – beschlossen werden. DAS war nicht weniger als ein echter „Paukenschlag“, denn dieses „Paket“ trägt mindestens zu 90 Prozent die eindeutige Handschrift der SPD.

Dieser Beschluss zur Lockerung der Schuldenbremse im Grundgesetz und zur Schaffung eines Sondervermögens von 500 Mrd. Euro für die nächsten 10 Jahre ist dringend erforderlich, um den Sanierungsstau bei der Bahn, bei Brücken und Krankenhäusern, in Forschungseinrichtungen, in Schulen sowie im Katastrophen- und Zivilschutz, bei der Infrastruktur für die Energiewende, bei der Digitalisierung und bei der Polizei endlich kraftvoll und langfristig zu beenden! Die SPD hat schon 2024 nach dem Bundesverfassungsgerichturteil vom November 2023 darauf gedrungen, dass genau dieser Beschluss gefasst werden muss, um die für die Menschen so wichtige Infrastruktur in unserem Land langfristig zu sanieren und ist damals am erbitterten Widerstand des FDP-Finanzministers Lindner gescheitert, wodurch ein Bundeshaushalt 2025 nicht beschlossen werden konnte und der Bruch der Ampel-Koalition besiegelt war. Auch für den damaligen CDU-Oppositionsführer Friedrich Merz war das Einhalten der Schuldenbremse bis zum Wahltag am 23. Februar immer sakrosankt. Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass derselbe Friedrich Merz nur 10 Tage nach der Bundestagswahl zu fast 100 Prozent auf unsere Vorschläge eingeht und mit uns Sozialdemokraten noch vor der Konstituierung des neuen Bundestages die erforderliche Grundgesetzänderung dem Bundestag und Bundesrat vorschlagen wird, wo jeweils eine 2/3-Mehrheit zur entsprechenden Änderung unserer Verfassung erforderlich ist. Das war ein wirklich guter Tag für Deutschland und eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche

Koalitionsverhandlungen. Besonders wichtig ist mir, dass von diesem geplanten Sondervermögen von insgesamt 500 Mrd. Euro auch Länder und Kommunen mit 100 Mrd. Euro profitieren sollen: Warum? Auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 haben wir mit der CDU/CSU milliardenschwere Konjunkturpakete mit Schulden finanziert, um der Wirtschaft öffentliche Aufträge zu bescheren und Arbeitsplätze zu sichern. Diese Konjunkturpakete haben Deutschland damals hervorragend durch die Krise gebracht und hohe Arbeitslosigkeit und Insolvenzen verhindert. Gerade in den Kommunen können Investitionen schnell und unbürokratisch ausgelöst werden, damit auch die regionalen Handwerksbetriebe und der Mittelstand mit Aufträgen profitieren können. Der Investitionsstau in den Städten und Gemeinden ist gewaltig und kann jetzt endlich in Angriff genommen werden – das gilt auch insbesondere für die Schulen.

Zentraler Bestandteil der Grundgesetzänderung ist aber vor allem der gravierende Investitionsstau bei der Bundeswehr, denn das 100-Mrd.-Euro-Sondervermögen von 2022 für die Bundeswehr ist fast vollständig belegt und spätestens 2028 würde Deutschland ohne zusätzliches Geld nicht einmal das 2-Prozent-Ziel der Nato mehr erreichen können. Inzwischen ist aber angesichts der aktuellen Bedrohungslage für Europa durch Putin einerseits und Trumps Rückzug als Schutzmacht Europas andererseits längst klar, dass die Verteidigungsfähigkeit Europas weit mehr finanzielle Anstrengungen zur Sicherung unseres Friedens, unserer Freiheit und unserer Demokratie in Europa erfordern wird. Darum ist die jetzt gefundene Regelung zur Neufassung der Verfassung eine angemessene und langfristige Absicherung für den Auf- und Umbau einer starken Bundeswehr im europäischen Verbund. Spätestens Trumps Auftritt im Weißen Haus gegenüber dem Präsidenten der Ukraine und seine Ankündigungen zur Nato haben nun auch dem letzten Politiker deutlich gemacht, dass es kein Zögern mehr bei dem Ausbau der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas geben darf und dass dafür keinerlei „Einsparungen“ im Bundeshaushalt auch nur annähernd ausreichen können. Ich bin froh, dass diese Einsicht sich jetzt auch bei der Union durchgesetzt hat. Als bitter empfinde ich es natürlich rückblickend, dass – wenn FDP und CDU/CSU diese Einsicht schon am Tag der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten am 6. November gehabt und wir diese jetzt geplanten Beschlüsse damals gefasst hätten – die Koalition nicht vorzeitig zerbrochen wäre, wir heute einen verfassungskonformen Bundeshaushalt 2025 hätten, keine vorgezogenen Neuwahlen und eine stabile Regierung in unsicheren Zeiten in Europa und der Welt. Aber blicken wir nach vorn: besser eine späte Einsicht als gar keine. Ich bin froh, dass die Sondierungsteams von SPD und CDU/CSU ebenfalls vereinbart haben, die Schuldenbremse im Grundgesetz bis Ende 2025 grundsätzlich zu Gunsten von Investitionen zu reformieren und auch den Bundesländern einen



Mit SPD-Chef-Haushälter Dennis Rohde im Haushaltsausschuss

Verschuldungsspielraum von 0,35 Prozent – analog zum Bund – in der Verfassung festzuschreiben. Damit wird eine lange erhobene Forderung der Bundesländer erfüllt.

Jetzt kommt ab dem 10. März unter enormen Zeitdruck eine Herkulesaufgabe maßgeblich auf den Haushaltsausschuss zu. Da dessen bisheriger Vorsitzender Helge Braun an genau diesem Tag sein neues Amt als Direktor der Universität Lübeck antreten wird, werde ich als seine Stellvertreterin den Haushaltsausschuss in diesen brisanten und weitereichenden Entscheidungen leiten müssen. In diesen 10 Tagen historischer Entscheidungen werde ich deshalb natürlich nicht den beginnenden Frühling in meinem Kasseedorfer Garten genießen können, sondern mich auf die Arbeit im Haushaltsausschuss konzentrieren müssen

Wir Sozialdemokraten haben bewiesen, dass wir schon im Wahlkampf genau das gesagt und vertreten haben, was wir jetzt auch umsetzen. Wir beweisen gerade erneut, dass wir – trotz des enttäuschenden Wahlergebnisses - bereit sind, Verantwortung in einer zukünftigen Regierungskoalition zu übernehmen. Dazu wurden mit den jetzt vereinbarten Änderungen des Grundgesetzes wichtige Entscheidungen erreicht. Trotzdem bleibt es dabei: in den kommenden Wochen muss Friedrich Merz das verlorene Vertrauen durch seinen Tabubruch mit der gemeinsamen Abstimmung mit der AfD – entgegen seines ausdrücklich gegenteiligen Versprechens im Bundestag am 13. November 2024 – zurückgewinnen. Er hat am 29. und 31. Januar im Bundestag in aller Öffentlichkeit sein Wort gebrochen bei einem so schwerwiegenden Vorgehen wie dem Umgang im Parlament mit rechtsextremen Antidemokraten – DAS war keine Kleinigkeit, die man so einfach relativieren und weglächeln könnte. Vor allem aber muss Friedrich Merz sich ernsthaft kompromissfähig zeigen, wenn es bei den weiteren Koalitionsverhandlungen um Kompromisse auf Augenhöhe gehen wird – die CDU/CSU unter Angela Merkel war dazu immer fähig und in der Lage. Auch wir Sozialdemokraten werden noch manche „Kröte schlucken“ müssen. Aber dazu sind wir bereit, denn es war Willy Brandt, der einst den historischen Satz geprägt hat, der zu unserer DNA gehört: „Erst das Land – und dann die Partei!“.

Ihre Bettina Hagedorn



10.11.22: Mit der AG-Haushalt der SPD-Bundestagsfraktion nach der Bereinigungssitzung des Bundeshaushalts 2023